

Wortprotokoll

der öffentlichen Sitzung

des Sonderausschusses "Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg"

Sitzungsdatum:	31. Mai 2018
Sitzungsort:	Hamburg, Kulturkirche Altona, Bei der Johanniskirche 22, 22767 Hamburg
Sitzungsdauer:	17:08 Uhr 19:57 Uhr
Vorsitz:	Abg. Milan Pein (SPD)
Schriftführung:	Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Sachbearbeitung:	Frauke Bai

Tagesordnung:

1. Drs. 21/9805 Parlamentarische Aufarbeitung nach dem G20-Gipfel - Einsetzung eines Sonderausschusses - Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg □ - Dank an alle Einsatzkräfte - Härtefallfonds für Entschädigungen sofort verfügbar machen
(Antrag SPD, GRÜNE)
hier: Durchführung einer Öffentlichen Anhörung gemäß § 59 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft
2. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Ksenija Bekeris (SPD)
Abg. Henriette von Enckevort (SPD)
Abg. Martina Friederichs (SPD)
Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
Abg. Joachim Lenders (CDU)
Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Abg. Arno Münster (SPD)
Abg. Dirk Nockemann (AfD)
Abg. Daniel Oetzel (FDP)
Abg. Cansu Özdemir (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Milan Pein (SPD)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Sören Schumacher (SPD)
Abg. Juliane Timmermann (SPD)
Abg. Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE)
Abg. Karl-Heinz Warnholz (CDU)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Martin Dolzer (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Danial Ilkhanipour (SPD)
Abg. Farid Müller (GRÜNE)
Abg. André Trepoll (CDU)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein (FDP)

III. Weitere Abgeordnete

Abg. Hendrikje Blandow-Schlegel (SPD)

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Inneres und Sport

Senator Andy Grote
Staatsrat Bernd Krösner
Polizeipräsident Ralf Martin Meyer

V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Dr. Jörn Rathje
Frauke Bai

VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Bis zu 300 Personen.

Zu TOP 1

Vorsitzender: Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann heiÙe ich Sie ganz herzlich willkommen. Mein Name ist Milan Pein, ich bin der Vorsitzende des Ausschusses "Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg". Vorab der Hinweis, die ganze Sitzung wird als Wortprotokoll aufgezeichnet und es findet eine Übertragung per Livestream im Internet statt. Dazu gleich noch mehr.

Der Sonderausschuss, zu dessen Sitzung ich Sie willkommen heiÙe, ist am 17. Juli 2017 durch die Bürgerschaft eingesetzt worden. Er hat den Auftrag, die gewalttätigen Ausschreitungen, die im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg stattgefunden haben, aufzuarbeiten und eine Analyse und ganzheitliche Betrachtung von Tat, Täter und Unterstützungsstrukturen des bundesweit abgestimmten Sicherheitskonzepts sowie weiterer relevanter Umstände vorzunehmen. Ziel ist es, die richtigen Lehren zu ziehen, damit sich in Hamburg so etwas nicht wiederholen kann.

Direkt nach dem Gipfel hat sich der Innenausschuss der Bürgerschaft mit einer Sondersitzung mit den Ereignissen befasst und der Sonderausschuss hat sich danach in acht Sitzungen in chronologischer Reihenfolge mit der Entscheidung, den Gipfel in Hamburg durchzuführen, dem Sicherheitskonzept, den Einschätzungen der Sicherheitslage und mit den konkreten Abläufen der Ereignisse befasst und dabei den Senat, die Behörden, die Polizei und weitere Auskunftspersonen, die von den Fraktionen geladen wurden, angehört und befragt. Alle Sitzungen sind per Livestream übertragen worden, alle sind im Wortprotokoll aufgezeichnet worden, Sie finden all das auf den Seiten der Bürgerschaft und können das nachlesen, wenn Sie sich informieren möchten, im Internet.

Die Sitzung heute ist etwas Besonderes, deswegen erlauben Sie mir, dass ich dazu noch ein, zwei Sätze sage. Es handelt sich um eine öffentliche Anhörung nach Paragraph 59 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft, alle Fraktionen haben sich darauf verständigt, die in diesem Ausschuss vertreten sind, dass wir eine solche Sitzung durchführen wollen. Wir wollen das tun, um den Bürgerinnen und Bürgern, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, Ihre Eindrücke rund um den G20-Gipfel darzustellen, Ihre Meinung kundzutun und uns Anregungen und Schilderungen zu geben für die weiteren Beratungen.

Der Rahmen einer solchen Veranstaltung bringt es mit sich, dass Sie heute reden und die Abgeordneten zuhören. Das bedeutet, dass wir nicht eine Informationsveranstaltung haben, bei der wir Ihnen unsere Meinung erzählen, sondern Sie sagen uns, was Sie bewegt hat und was Sie interessiert. Wir werden das in den weiteren Beratungen aufnehmen, Anregungen daraus nehmen und versuchen, dass der Ausschuss Ihre Fragen im weiteren Verlauf und in seinem Abschlussbericht beantworten kann. Weil wir aber wissen, dass es sicherlich auch so ist, dass bei einem solch besonderen Ereignis am Ende noch einmal auch die gewählten Volksvertreter und ihre Regierung etwas sagen wollen, haben wir uns darauf verständigt, dass am Ende der Sitzung der Senat, der hinter mir sitzt in Form des Innensenators Andy Grote, und die hier anwesenden Fraktionen noch einmal etwas sagen. Das wird aber erst am Ende der Sitzung stattfinden. Bis dahin ist das Ihre Sitzung, die ich einfach nur leiten werde, damit wir einen vernünftigen Ablauf haben.

Wir haben uns darauf verständigt, dass wir die Redezeit beschränken wollen pro Beitrag. Sie können sich aber so häufig melden, wie Sie wollen. Wir wollen auch niemandem das Wort abschneiden, aber wir möchten, dass möglichst viele von Ihnen zu Wort kommen. Wir können über alles reden, aber wir haben uns vorgenommen, dass es nicht länger als bis ungefähr ...

(Beifall)

Das war eine unerwartete Stelle jetzt, der Applaus. Aber gut.

Wir haben uns vorgenommen, dass wir diese Sitzung heute Abend noch abschließen gegen 21 Uhr, 'mal sehen, ob wir das schaffen werden.

Bitte beachten Sie, dass Sie, wenn Sie sich zu Wort melden wollen, solche Karten auf Ihrem Sitzplatz haben. Ich habe auch noch andere Hinweise gegeben, die können Sie sich bitte durchlesen. Wir haben schon reichlich Wortmeldungen, wir werden die in der Reihenfolge abarbeiten, wie sie hier ankommen. Das heißt, wir haben das nicht thematisch aufgeteilt, sondern wer zuerst kommt, der mahlt. Wie gesagt, Sie können sich mehrfach melden. Wenn Sie den Wunsch haben ... Wenn Sie diese Karte haben, geben Sie die bei Frau Bai ab, die sitzt hier vorne. Das ist die Mitarbeiterin der Bürgerschaftskanzlei. – Vielen Dank.

Wenn Sie den Wunsch haben, dass Ihre Wortmeldung nicht per Bild im Livestream übertragen wird, dann vermerken Sie das auf der Karte und dann nutzen Sie das Mikro, das ganz hinten im Saal steht. Das Mikro hier vorne ist für alle anderen Wortmeldungen gedacht.

Jetzt, glaube ich, ist der Ablauf soweit klar, und ich hoffe auf eine gute, kritische und offene Beratung. Wir hören uns alles an, was Sie zu sagen haben, und hoffen darauf, dass die Beratung dadurch geprägt ist, dass wir gut miteinander umgehen nach den allgemeinen Regeln des Anstands und der Höflichkeit, so wie das bisher auch gewesen ist.

(Beifall)

Das werde ich als Ihre Zustimmung und bedanke mich.

Dann habe ich eine erste Wortmeldung von Herrn Jan Simon. Herr Simon, kommen Sie nach vorne. Herr Simon, das hintere Mikrofon ist, wenn Sie nicht im Livestream per Bild übertragen werden wollen.

(Jan Simon: Genau, so ist es!)

Bitte stellen Sie sich kurz vor. Falls Sie von einer Institution kommen, sagen Sie kurz, von welcher. Sagen Sie, aus welchem Stadtteil Sie kommen, das interessiert uns auch. Wenn das möglich ist. Herr Simon, bitte.

Jan Simon: Jan Simon, Anwohner Schulterblatt und Standpunkt Schanze vertreten. Ich habe drei Wortbeiträge vorbereitet, würde wahrscheinlich jetzt, wenn Sie nach der Reihenfolge der Eingangsmeldungen gehen, wahrscheinlich dreimal hintereinander drankommen. Vorschlag: Ich habe meinen ersten Wortbeitrag, die anderen sortieren Sie irgendwie etwas später ein, ansonsten wäre das ein bisschen einseitig.

Vorsitzender: Prima, so wollte ich es auch Ihnen vorschlagen. So machen wir das.

Jan Simon: Okay. Der erste Beitrag zu Aussagen von Augenzeugen und auch zu dieser Anhörung. Bin ich verständlich? Okay. Der Stadtteilbeirat hat in seiner Sondersitzung am 19. Juli 2017 unter dem direkten Eindruck der G20-Ereignisse Stimmen und Fragen der Bewohner aufgenommen. Viele der damals Anwesenden möchten jetzt, mehr als zehn Monate nach den Ereignissen, nicht erneut Stellung nehmen. Anwohner riefen vergeblich die Notrufnummern der Feuerwehr und der Polizei, sie berichteten von Gewaltanwendung der Randalierer und der Polizisten. Es kam zu...

(Zurufe: Langsamer sprechen!)

Okay, ich bin zu schnell.

Vorsitzender: Herr Simon, einen Augenblick, ich höre gerade, dass die Akustik so schlecht ist, dass hier einige sagen, sie können Sie nicht verstehen. Vielleicht, wenn Sie etwas näher rangehen, dann klappt es vielleicht etwas besser. – Danke.

(Zuruf)

Etwas langsamer sollen Sie sprechen. Okay, das ist ...

Jan Simon: Dann wird das mit den drei Minuten etwas knapp.

Vorsitzender: Wir kriegen das hin.

Jan Simon: Danke. Wenn Sie ein bisschen Hall rausnehmen könnten, dann wäre das auch hilfreich.

Vorsitzender: Da müssen wir mit jemandem sprechen, der nicht anwesend ist.

Jan Simon: Gut. Anwohner riefen vergeblich die Notrufnummern der Feuerwehr und der Polizei, sie berichteten von Gewaltanwendung der Randalierer und der Polizisten, es kam zum Schusswaffeneinsatz in der Susannenstraße. Tränengas und Hubschrauberlärm über Tage und Nächte vervollständigten die Eindrücke. Es waren Anwohner, die am Abend des 7. Juli Schlimmeres verhinderten, indem sie in Dialog mit Gewalttäter traten, indem sie Barrikaden löschten und Randalierer daran hinderten, weiteres Brennmaterial herbeizuschaffen oder Leuchtraketen in Häuser zu schießen. Das geschah teilweise direkt vor den Augen der Polizei, die trotz bereitstehender Wasserwerfer und Hundertschaften an Polizisten in Sichtweite nicht eingriff.

Im Zuge der spät in der Nacht des 7. Juli in der Presse vielfach beachteten Räumung des Sondereinsatzkommandos kam es zu Bedrohungen der Anwohner aus scharfen Gewehren, mit Schusswaffen, geöffneten Türen und dem Einsatz von Ablenkungspyrotechnik. Um Herrn Mewes, SEK Sachsen, zu zitieren: "Wir sind in den Gebäuden ja sehr, sehr robust vorgegangen. Es war akustisch noch sehr weit im Schanzenviertel zu hören, dass jetzt andere Einsatzmittel angewendet werden." Und im gleichen Zusammenhang: "Es hat überhaupt keine Gegenwehr gegeben." Der Eindruck und die Erinnerung der Bewohner an die G20-Tage und an den Abend des 7. Juli bleibt dauerhaft. Der Erfolg des Einsatzes, der Zeitpunkt und die Verhältnismäßigkeit der dann eingesetzten Mittel bleibt fraglich.

Deutlich wurde in der Folge ein massiver Vertrauensverlust in die Politik und die Polizei. Nicht aus Mangel an ihrer erkannten, möglichen Schlagkraft, sondern aus Mangel an wahrgenommenem Interesse an den schutzwürdigen und rechtsstaatlichen Belangen der Bewohner und der Gewerbetreibenden, also der hier im Stadtteil lebenden Menschen. Wir haben den Eindruck im Zuge der Vorbereitungen, aber auch im Zuge der Durchführung der G20-Tage gewonnen, dass wir als Bewohner für die Polizei und die Politik eher hinderlich und störend sind.

Die erstmalige Anhörung betroffener Bürger nach fast elf Monaten, der bisherige Verlauf der Anhörung des Sonderausschusses und die unzähligen Stunden der weitgehend unkritisch hingenommenen und nicht überprüften Darstellung der Polizeiführung und des Innensensors im Sonderausschuss überzeugen uns nicht gerade vom Gegenteil. Wir möchten daran erinnern, dass die Polizei auch im Dienste der Anwohner des Schanzenviertels steht und ihre Aufgabe die eines Dienstleisters der Bürger ist. Wir möchten den Ausschuss bitten, die Polizei zu befragen, wie genau der Schutz der Anwohner im Schanzenviertel und in St. Pauli geplant war vor Terrorangriffen mit Macheten, vor Lkws, die als Rammbock durch das Schulterblatt fahren, und vor der erwarteten und bei weitem nicht eingetroffenen Anzahl an Randalierern. Es geht uns dabei nicht um die schutzwürdigen Einsatzdetails, sondern um das Gesamtbild, die Einsatzstrategie.

Eine Strategie, die sich zumindest aus einem Blickwinkel, den Herr Dudde mehrfach eingenommen hat, auch so darstellen könnte. Störerklientel zwischen zwei Häuserzeilen einzusperren, die Ausgänge zu bewachen und zu hoffen, Zitat Herr Grossmann, Einsatzabschnittsleiter, "... dass die Polizei ehrlich gesagt nicht damit gerechnet hätte, dass das Gegenüber bereit ist, dermaßen große Schäden im eigenen Viertel zu verursachen, im eigenen Viertel so zerstörerisch zu wirken."

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Simon. Als Nächstes ist Herr Henning Brauer dran und danach habe ich eine Wortmeldung, die nicht mit einem Namen versehen ist, ich sage das schon einmal, Stadtteilbeirat steht da nur drauf. Wer auch immer das ausgefüllt hat, weiß wahrscheinlich, wer gemeint ist. Herr Brauer bitte. Kommen Sie nach vorne.

Henning Brauer: Hallo, Henning Brauer, Stadtteilbeirat und Standpunkt Schanze. Die nächste Meldung ist auch aus unserem Kreise.

(Zuruf: Näher ans Mikro!)

Ich möchte mit einem Erlebnis aus den Tagen anfangen, und zwar genau aus dieser Nacht, wo das so eskaliert ist. In dieser Nacht, in der die Polizei das Viertel komplett alleingelassen hat mit einer sehr kleinen Anzahl, die sich nicht mit ihrer Story deckt, aber doch sehr entschlossenen Randalierern, waren wir es, die zwischen Rote Flora und der Brücke, der Bahnbrücke über das Schulterblatt, immer wieder die Barrikaden gelöscht und entfernt haben. Im weiteren Verlauf der Nacht, nicht von Anfang an, aber im weiteren Verlauf des Abends, stand die Polizei in Stärke von mehreren Hundertschaften und mit drei Wasserwerfern im Bereich unter der Bahnbrücke, hat das ganze Treiben beobachtet, ohne in irgendeiner Form einzugreifen.

Im Verlaufe des Abends haben die relativ kleine Gruppe der Randalierer, es waren vielleicht 20 oder 30, gemerkt, dass wir es waren, die ihre schönen Barrikaden immer wieder entfernt und gelöscht haben, und haben uns angegriffen, sind mit erhobenen Fäusten auf uns zugestürmt. Die Polizei stand 50 Meter hinter uns und hat zugesehen. Diejenigen, die uns davor bewahrt haben, dass wir da mit erheblichen körperlichen Verletzungen rausgegangen sind, sind wiederum unsere Nachbarn gewesen und nicht die Polizei, deren Aufgabe es gewesen ist.

Geschichten wie diese, dass die Polizei ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden ist, die uns Anwohner, uns Bürger völlig alleingelassen hat, hören Sie so oder so ähnlich von jedem Anwohner, fast jedem Anwohner, der zu den Tagen in unserem Viertel war.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Brauer. Wir haben jetzt eine Wortmeldung, da stand nur Stadtteilbeirat drauf. Vielleicht kann derjenige, der die abgegeben hat, die Wortmeldung, noch einmal etwas sagen, sonst ...

(Jan Simon: Zurückstellen!)

Ja. Stellen wir das noch einmal zurück. Herr Simon, Sie haben ja auch noch eine Wortmeldung da drauf, dann machen wir das erst einmal so.

Im Übrigen möchte ich Sie bitten, dass Sie keine Fotoaufnahmen machen. Wir haben nur den Livestream und sonst sind keine Fotoaufnahmen im Rahmen der Ausschusssitzung vorgekommen. – Vielen Dank.

Herr Jan Schäfer dann bitte. Und danach kann sich bereitmachen Herr Albert Titztaler oder Tittaler, ich kann die Handschrift nicht so gut lesen. Herr Albert weiß, wer gemeint ist. Herr Schäfer, bitte.

Jan Schäfer: Ja, ich habe das unfassbare Vergnügen, dass ich schon vor dem G20 regelmäßig auf die Karolinenstraße zur Arbeit musste, und habe eine Polizei erlebt, die sich da schon regelmäßig als Besatzungsmacht aufgeführt hat. Die Kollegen, vielfach auch aus anderen Bundesländern, haben es regelmäßig geschafft, vor der Messe Fuß- und Radwege zuzuparken und haben damit die Anwohner gezwungen, in den fließenden Verkehr auszuweichen, haben mehrfach willkürlich mich angehalten, kontrolliert, was ich denn da möchte, und das Ganze halt einfach über vier Monate. Was dann nicht unbedingt schön war.

Dann beim G20 konnte ich auf dem Rückweg der Arbeit, da ich nicht mehr über die Karolinenstraße fahren konnte, dann über Schulterblatt fahren. Ich bin unbehelligt durchgekommen, ich konnte einfach durchlaufen, durchfahren, es hat keinen interessiert. Die Polizei hat lieber mehrfach am Grünen Jäger den Neuen Pferdemarkt geräumt, wo Menschen einfach friedlich gesessen haben, hat sich dann aber über Stunden nicht ins Schulterblatt getraut, während wir dann ebenfalls zu Fuß an der Lerchenwache über die Juliusstraße, über das Schulterblatt zur Bartelsstraße laufen konnten. Was dem widerspricht, dass es halt einfach viel zu gefährlich gewesen wäre.

Außerdem wüsste ich gern, warum ich nicht am Freitag-, sondern am Samstagabend dann wieder Zeuge wurde eines Wasserwerfereinsatzes am Grünen Jäger, sowohl und außerdem Polizisten mit Schusswaffen, und zwar nicht Pistolen, sondern Schnellfeuerwaffen, gegenübergestanden habe, die da einfach scheinbar in eine relativ friedliche Menge geschickt wurden.

Vorsitzender: Herr Albert Ritthaler. Herr Albert Ritthaler, so lese ich das hier. Ich glaube, irgendjemand ... Ach so, Sie sind dort hinten. Sagen Sie noch einmal, Herr Ritthaler, ist das richtig? Ja, Herr Ritthaler, bitte. Ja.

Albert Ritthaler: Also mein Name ist Albert Ritthaler, ich bin Miteigentümer am Schulterblatt und habe eine Frage zu den Entschädigungen. In der besagten Nacht war es so, dass ein Polizeitrupp, ein schwarz gekleideter, vermummter Polizeitrupp, unser Grundstück gestürmt und unser Tor und Schloss beschädigt haben. Wir haben daraufhin Erstattung beantragt, die wurde verweigert mit der Begründung, das wird nur erstattet bei Existenzgefährdung.

Vorsitzender: Herr Ritthaler, nur kurz der Hinweis, weil Sie eine konkrete Frage gestellt haben, wir haben jetzt in dieser Sitzung nicht die Möglichkeit, diese Frage zu beantworten, aber das Thema Entschädigung wird in weiteren Sitzungen des Sonderausschusses behandelt werden und wir werden natürlich auch sehen, ob wir auch individuelle Antworten geben können anhand des Wortprotokolls. Wenn Sie also das möchten, können Sie natürlich auch noch Ihre Daten hier hinterlassen.

Dann ist als Nächstes Herr Björn Jensen dran. Und danach kann sich bereithalten Frau Barbara Haarmann.

Björn Jensen: Ja, kurz vorgestellt, ich heiße Björn Jensen und mir stellen sich folgende Fragen. Ich habe schon bei der Auftaktveranstaltung am Rathausmarkt gesehen, mit welcher Vehemenz Polizeibeamte gegen Menschen vorgegangen sind, die sich nur hingesetzt haben, Zelte aufgestellt haben, auf denen stand Yes, we Camp. Da war noch nicht klar, wo die Menschen, die von außerhalb kommen, übernachten können. Für die gibt es keine Hotels, die zur Verfügung gestellt werden auf Staatskosten. Dann die Frage, wenn ein Verwaltungsgericht beschließt, dass es eine Übernachtungsmöglichkeit in Entenwerder geben darf, und die Polizeieinsatzleitung, also Herr Dudde, der Meinung ist, dass ihn Verwaltungsgerichtsurteile überhaupt nicht interessieren, und seinen Leuten sagt, nein, das passiert nicht, das ist in meinen Augen so eine Form von Rechtsbeugung.

Genauso, wie ja angeblich diese GPZ, diese Granatwerfer, sage ich jetzt einmal, angeblich nicht eingesetzt wurden. Sie sind eingesetzt worden. Das Panzerfahrzeug ist eingesetzt worden, obwohl vorher gesagt worden ist, das wird nicht eingesetzt. Ja, und Herr Dudde wird ja dann zur Belohnung für das, was er gemacht hat, also auch noch befördert und bekommt jetzt oder hat bekommen, wenn ich das richtig mitbekommen habe, die Befehlsgewalt über die Schutzpolizei in Hamburg. Da wird also jemand, der sich um die Trennung Legislative, Exekutive, Judikative so überhaupt nicht kümmert, auch noch belohnt.

Im Zusammenhang mit dieser Fragestellung ist natürlich auch die Frage nach jetzt einem Jahr, es sind bereits vor Monaten Demonstranten verurteilt worden und zum Teil zu hohen Gefängnisstrafen, und bisher nicht ein einziges Verfahren gegen einen Polizeibeamten, keine (...), trotz vielfach dokumentierter Videobeweise über Maßnahmen, die vonseiten der Polizei getroffen worden sind, die unrechtmäßig waren. Wenn wir jetzt schon einmal bei unrechtmäßig sind und Maßnahmen, Auflösung der Welcome-to-Hell-Demo aufgrund von nicht abgelegten Vermummungen, wo sich inzwischen herausgestellt hat, dass Polizeibeamte, die zu diesen Feststellungs- und Sicherungseinheiten gehören, sich unter den Demonstranten befunden haben, verumumt haben und die Vermummung nicht abgenommen haben. Das heißt also, selbst den Grund dafür geschaffen haben, mit dieser Vehemenz, die da an den Tag gelegt worden ist vonseiten ihrer Kollegen, einzugreifen. Also da bitte ich um Aufklärung, warum zum Beispiel das nicht geahndet wird, warum ein Herr Dudde für seine Rechtsbeugung nicht zur Rechenschaft gezogen wird.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wir müssen uns auf zwei Dinge verständigen, auch wenn das schwerfällt und vielleicht etwas formal jetzt klingt, aber das ist eine Ausschussberatung der Hamburgischen Bürgerschaft, und wie Sie sich jetzt schon denken können, geht es darum, dass in diesen Ausschussberatungen wir alle einander zuhören und unsere Zustimmungsbezeugungen allerdings, sage ich einmal, nur durch Wortbeiträge kundtun. Deswegen möchte ich Sie bitten, dass wir einfach das jetzt in diesem Sinne fortführen. Und was mir wichtig ist, ist, dass wir keine Strafvorwürfe gegen einzelne Personen erheben. Kritik ist sehr wohl gewollt.

Frau Haarmann hat jetzt das Wort. Noch einmal, also noch einmal als Antwort. Sie haben jetzt ... Ich hatte das eingangs gesagt, wir können im Rahmen dieser Beratung Ihnen keine Antworten auf konkrete Fragen geben. Am Ende der Sitzung werden die Fraktionen und auch der Senat noch einmal Stellung nehmen. Wir werden alles, was hier besprochen worden ist, auch diese Punkte, die Sie eben genannt haben, in die weiteren Beratungen mit einfließen ... Wir haben eine ganze Reihe dieser Punkte bereits beraten, das können Sie nachlesen, und werden das dann auch in der weiteren Ausschussberatung vorlegen. Das ist das Verfahren hier. Sie haben das Wort, nicht wir. Deswegen ist es auch nur an mir als Vorsitzender, das kurz Ihnen noch einmal zu erläutern. Frau Haarmann, bitte.

Barbara Haarmann: Mein Name ist Barbara Haarmann, ich bin Vorstand im JesusCenter Verein im Schanzenviertel, ebenso wie mein Vorstandskollege Holger Mütze, der heute nicht dabei sein kann. Ich möchte Ihnen gern erzählen von der Situation, der Notsituation, in der wir uns bei G20 in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli befunden haben.

Dem Verein des JesusCenter gehören die beiden Häuser links und rechts der Hamburger Sparkasse, das ist Schulterblatt 63 und Juliusstraße 35. Ich muss noch vorweg sagen, dass wir im Vorfeld vor G20 als JesusCenter zusammen mit den zwei anderen Gemeinden, die es im Schanzenviertel gibt, das ist Elim Sternschanze und dem Hamburgprojekt, zusammen überlegt haben, wie wir als Christen in dem Stadtteil bei G20 aktiv sein können. Wir haben gesagt, wir wollen einen Rückzugsraum haben im Jesus Center, aber wir wollen auch unterwegs sein, draußen vor Ort sein bei den Demonstrationen, und, vielleicht etwas ungewöhn-

lich, nämlich als Gebetsteams, um Impulse zu setzen, um Gespräche zu führen, um zu de-eskalieren, da wo es möglich ist, und eben betend unterwegs sein. Und an diesen Veranstaltungen haben 40 bis 60 junge Menschen aus diesen Gemeinden teilgenommen und Mitarbeiter aus dem JesusCenter. Und an dem Abend von dem 7. Juli merkten wir, dass die Situation sich zuspitzte, es brennende Barrikaden vor dem JesusCenter auf dem Schulterblatt gegeben hat, und viele, die extern unterwegs sind, sind zurückgekommen ins JesusCenter zur Unterstützung. Und irgendwann nach 22 Uhr haben wir erfahren, dass ein Brand in der Hamburger Sparkasse entzündet worden ist. Wir haben den Rauch gesehen und wir haben unmittelbar danach die Feuerwehr alarmiert und um Hilfe gebeten. Aber diese Hilfe kam nicht. Und weil wir das Ausmaß des Brandes nicht absehen konnten und heute ja wissen, dass massiv diese Haspa eine Brandkatastrophe erlebt hat, haben wir uns entschieden, dass wir diese beiden JesusCenter-Häuser evakuieren, selbstständig evakuieren mit den Unterstützern, die dabei gewesen sind. Und die sind von Stockwerk zu Stockwerk runtergegangen, von Wohnung zu Wohnung, haben die Mieter rausgeholt und sie an einen sicheren Ort gebracht in der Juliusstraße. Und es waren alte Leute. Und wir sind ein Jugendhilfeträger, wie haben Jugendwohnungen in den beiden JesusCenter-Häusern. Das sind Jugendliche und junge Geflüchtete aus Afghanistan. Und diejenigen, die über G20 keine Alternativschlafplätze bekommen haben, überhaupt nicht weg wollten, die waren da auch dabei. Und die sind in dieser Nacht von Helfern und unserer Integrationsbeauftragten rausgebracht worden, raus aus der Schanze, damit sie irgendwie bei Freunden unterkommen können.

Ich möchte nur eins kurz sagen, es gab an dem Abend zwei Menschen, die etwas ganz Besonderes getan haben, das waren Rettungssanitäter, die bei den Demonstrationen dabei gewesen sind, die mittendrin waren. Und diese Rettungssanitäter, die haben Verantwortung übernommen, die haben gesehen, dass es in der Hamburger Sparkasse brennt, und sie sind zum Schulterblatthaus gegangen und sie haben die Lichter gesehen und sie haben geklingelt und geklopft und sich bemerkbar gemacht und niemand hat reagiert und sie haben ihren Notfallhammer genommen und die Glaseingangstür des JesusCenters eingeschlagen, um Menschen rauszuholen, um Menschen zu retten. Und das hat uns bewegt, dass sie so viel Courage gezeigt haben, so engagiert gewesen sind, dass sie initiativ waren. Und es hat uns bewegt, dass in dieser Nacht nicht nur Fensterscheiben zerbrochen sind, mutwillig, sondern auch aus einem guten Grund, nämlich Menschenleben zu retten. Ich kann nur sagen, wer in dieser Nacht dabei gewesen ist, der weiß in etwa, wie sich Bewohner und Anwohner fühlen müssen, wenn Hilfe nicht kommt, die man dringend braucht. – Danke.

Vorsitzender: Danke, Frau Haarmann. Herr Simon bitte. Herr Simon und danach eine Wortmeldung mit Standpunkt Schanze.

Jan Simon: Ja, Jan Simon, Stadtteilbeirat, Anwohner Schulterblatt. Passend zum 7. Juli 2017. Ein wesentlicher Punkt der Fragestellung ist die unterschiedliche Sichtweise auf die Möglichkeiten der Polizei, am 7. Juli im Schanzenviertel eine Eskalation zu verhindern. Gemäß verschiedener protokollierter Aussagen von Herrn Meyer, Herrn Hieber und Herrn Großmann stellte sich aus Sicht der Polizei die Situation so dar, dass zwei Verteidigungslinien mit Wurfmaterial aus Flaschen und selbstgefertigten eisernen Speeren vorbereitet waren, sich besonders gewaltbereite Personen aus Skandinavien und Italien auf der dortigen Straße und griechische Aktivisten auf den Dächern zwischen Augustenpassage und Ludwigstraße befanden.

(Zurufe: Wir können Sie nicht verstehen!)

Jan Simon: Ja. Besser? Okay. Auf zahlreichen Dächern befanden sich nach Ansicht der Polizei gewaltbereite Personen, die auf Beamte mit Steinen, Gehwegplatten, Eisenstangen, Brandsätzen sowie mit Zwillenbeschuss einwirken sollten. Dabei ging es laut Herrn Groß-

mann um die überwiegende Zahl der Dächer, ebenfalls wurde von aus von Plünderungen stammenden Eisenspeeren berichtet. Es wurde berichtet, dass das Schanzenviertel von circa 1 500 zu allem bereiten Personen beherrscht würde, das Viertel zur Festung ausgebaut sei und die Polizei unter anderem mit Molotowcocktails erwartet würde. Verletzungen der Beamten bis zum Tod würden von der Störerklientel billigend in Kauf genommen. Versuche, das Schanzenviertel von den anderen Zugängen zu betreten, scheiterten mehrfach. So hätte eine Hundertschaft im Bereich Lippmannstraße/Lerchenstraße nicht ausgereicht, um gegen die dortige Barrikade vorzugehen? Und ein weiterer Versuch einer Einheit, von der Altonaer Straße einzudringen, schlug fehl, die Einheit konnte nur mit drei Hundertschaften, mit Wasserwerferunterstützung wieder herauskommen.

Aus Sicht der Bewohner, die sich glücklicher- oder unglücklicherweise ein eigenes Bild machen konnten, ohne auf Medien oder Informanten angewiesen zu sein, stellte sich die Lage anders dar. Im Bereich des nördlichen Schulterblatts zwischen Susannenstraße und Altonaer Straße waren ganz unterschiedliche Personen auf der Straße. Organisierte militante Gruppen waren kaum, und wenn, in maximaler Gruppengröße von fünf bis zehn Personen unterwegs. Auch die Dächer waren, zumindest hier im nördlichen Teil, nicht durch militante Personen besetzt. Wir möchten die Polizei daher bitten, genau darzustellen, wann, mit welcher Gruppengröße und mit welchem technischen Gerät Versuche erfolgten, das Schulterblatt zu räumen und den Anwohnern zu Hilfe zu kommen, die sich mehrfach über Notrufnummern bei der Feuerwehr und der Polizei meldeten.

Herr Dudde führte zum 7. Juli aus, und das, was wir an Technik hier hatten, war durchaus auskömmlich, um eigentlich alles zu beseitigen, inklusive Pylonen oder Straßenblockaden oder querstehende Lkws. Des Weiteren möchten wir fragen, wie sich die Einschätzung der Polizei im Laufe des Abends verändert hat. Herr Großmann merkte ja an, dass sich die Polizei zunächst absichtlich zurückhaltend verhalten wollte. Wann merkte die Polizei, dass es aus ihrer Sicht jetzt zu spät für einen Einsatz war?

Eine wichtige Fragestellung erscheint es auch aus unserer Sicht, dass die Polizei auf Basis verlässlicher Informationen agierte. Wenn Herr Großmann äußert, dass er seine Tatbeobachter abziehen musste, Herr Dudde jedoch anmerkt, dass die Kollegen des EA Aufklärung nach wie vor im Viertel waren, Zitat, – doch er hatte keine mehr, wir hatten schon welche – erscheint es so, dass die Einheiten nicht ausreichend miteinander kommunizierten. Wir bitten den Ausschuss, in Erfahrung zu bringen, wie sich die Situation auf den Dächern im Zeitraum 19.30 Uhr bis 23 Uhr am 7. Juli darstellte und Übersichtsbilder mit der Anzahl der Randalierer im Zeitverlauf für die einzelnen Straßenabschnitte zu erarbeiten. Die bislang dargestellten Fotos der Hubschrauber stammen vom Zeitraum nach Einbruch der Dunkelheit, circa gegen 23.30 Uhr. Aufgrund der massiven Hubschrauberpräsenz während des G20-Gipfels müssten jedoch Bilder über den gesamten Entstehungsverlauf des Abends vorliegen.

Die unkommentierten und nicht überprüfbaren Darstellungen einzelner Informanten, die in der Innenausschusssitzung vom 19. Juli 2017 seitens der Polizei vorgelegt wurden, sind aus Sicht der Anwohner objektiv zu überprüfen. Die Beamten der SEK sprachen von keiner Gegenwehr bei der Räumung der sechs bis sieben Dächer, es wurden keine präparierten Fallen oder Ähnliches vorgefunden. Die präparierten und geworfenen Molotowcocktails und Eisenspeeren konnten bislang nicht dokumentiert werden.

Diverse Kioske und Gastronomiebetriebe hatten im nördlichen Teil des Schulterblattes geöffnet. Bis zum Einbruch der Dunkelheit wurde dort kein massiver Barrikadenbau festgestellt. Weiter nördlich an der Kreuzung Schanzestraße/Weidenallee war im Gegensatz zum Vor-

abend keine Polizeipräsenz festzustellen, sodass auch dort der REWE-Markt nach dem späten Ladenschluss gegen 0.04 Uhr geplündert werden konnte.

Abschließend möchte ich den Polizeipräsidenten vom 13. Juli 2017 zitieren: "Der Schock, der Schreck, aber auch die Situation zu einem bestimmten Zeitpunkt die Polizei gesucht, gerufen zu haben, und sie war nicht da. Und es ist, ja, es ist betrüblich. Und das ist sicherlich etwas, was als Schatten auf dem Einsatz lastet, sodass man eigentlich sagen kann, es gibt beides, es gibt eben Gelungenes und es gibt eben diese Dinge, die weniger gelungen sind."

Aus Sicht der Anwohner hat sich die Lage deutlich anders als nur betrüblich dargestellt.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Simon. Wir werden in der Sitzung ... Die nächste Ausschusssitzung am 14. Juli im Rathaus wird sich mit genau diesen Fragen und mit den Abläufen beschäftigen. So, jetzt ...

(Abg. Christiane Schneider: Auch mit Antworten)

Und dann kriegen Sie dort hoffentlich auch Antworten. – Ganz genau, Frau Schneider. Bitte.

Henning Brauer: So, mein Name ist immer noch Henning Brauer, ich bin immer noch Anwohner, Vorsitzender des Standpunkt Schanze, der den Stadtteilbeirat organisiert. Ich habe Ihnen noch ein Erlebnis aus diesen sehr ereignisreichen Tagen mitgebracht. Ich meine, es war auch am Freitag, möchte das aber gerade nicht mehr beschwören. In der Altonaer Straße kam in der einen Richtung ein langer, langer, langer Zug von Polizeieinsatzwagen, Mannschaftsbussen, in der anderen Richtung eine große Gruppe Radfahrer, die nicht ..., Demonstration der Colorful, war es in dem Fall ... An irgendeinem Zeitpunkt an der Kreuzung zum Schulterblatt öffnete sich die Seitentür eines der Polizeimannschaftswagen, ein Beamter mit Skimaske, Helm und Ganzkörperpanzerung sprang heraus, rannte auf einen Menschen zu, dem ich keinerlei Fehlverhalten, Straftaten oder Sonstiges zuordnen kann, hat ihn mit der Faust mitten ins Gesicht geschlagen, sich wieder umgedreht, ist in den Wagen wieder eingestiegen, die Tür hat sich geschlossen und der Wagen ist weitergefahren. Diesen Menschen möchte ich anzeigen. Ich kann es nicht, weil er nicht identifizierbar ist. Das einzige, was ich über diesen Menschen sagen kann ist, dass er ein Bundespolizist war, denn das Wappen auf der Fahrzeugtür war das einzig erkennbare Identifikationsmerkmal. Würde die Polizei funktionieren, so wie sie in einem Rechtsstaat zu funktionieren hat, müsste ich diesen Menschen nicht anzeigen, denn dann würden das seine Kollegen übernehmen. Auch das ist nicht geschehen.

Auch dieses Erlebnis ist keinesfalls singulär, es sind Geschichten, wie sie fast jeder Anwohner, der zu den Tagen im Viertel war, zu erzählen hat. Es ist sicherlich nicht jeder Polizeibeamte, der sich so verhalten hat, ich glaube auch nicht, dass es auch nur näherungsweise eine Mehrheit ist, es ist mit Sicherheit eine Minderheit. Es ist aber doch zu solchen massiven Fehlverhalten gekommen in einer Zahl und einer Frequenz, in der das Abtun als Einzelfälle wirklich absurd und ein Schlag ins Gesicht für uns alle ist.

Vorsitzender: Herr Björn Jensen, bitte. Herr Brauer, danach habe ich noch eine Wortmeldung von Ihnen. Sind Sie einverstanden? Nein, Sie wollen das machen, gut. Ja.

Björn Jensen: Ja, immer noch Björn Jensen. Die Fragen, die ich zu stellen hatte, ich hatte zwei Zettel abgegeben, die hatte ich in meinem ersten Beitrag eigentlich schon so gut wie angesprochen. Die Reaktionen von ..., also dass das jetzt ja unsere Fragestunde ist und uns als Bürger das hier zur Verfügung steht als Forum, unsere Meinung, unsere Kritik, unsere Anregungen zu äußern, und dass von Ihrer Seite jetzt, also aus Senat, die Senatsvertreter, Politiker in dem Sinne keine Antworten geben würde ... Mich würde schon interessieren, meine aufgeworfenen Fragen wie zu Beispiel die Beförderung von Herrn Dudde oder Ein-

satzmittel oder warum bisher noch keine Verfahren gegen Polizeibeamte eröffnet wurden, inwieweit das dann jetzt bei der nächsten Ausschusssitzung als Frage als solche behandelt wird und wo ich mich informieren kann, ob zu dieser Frage überhaupt Stellung genommen worden ist, auch was die Vermummung von Polizeibeamten angeht, die sie nicht abgenommen haben, die da zur Eskalation geführt hat et cetera.

Vorsitzender: Herr Jensen, eine ganze Reihe dieser Fragen sind schon Gegenstand der Beratungen im Ausschuss gewesen, eine ganze Reihe dieser Fragen sind schon Gegenstand der Beratungen im Ausschuss gewesen, können von Ihnen im Wortprotokoll nachgelesen werden. Andere Fragen, die Sie aufgeworfen haben, werden noch Gegenstand der Beratungen sein, insbesondere werden wir noch eine Expertenanhörung haben zu Fragen des Sicherheitskonzeptes, Einsatz. Auch dort werden solche Fragen erörtert werden. Heute ist das Konzept so, wie Sie es gesagt haben, dass wir die Fragen nur mitnehmen können, um dann zu versuchen, im weiteren Verlauf der Ausschusssitzung dazu Stellung nehmen zu können. Herr Brauer. Ich glaube, das Verfahren habe ich jetzt hinreichend erklärt. Ich kann das verstehen, dass nicht jedem von Ihnen das gefällt, aber so ist das für heute gedacht und die Arbeit des Sonderausschusses erschöpft sich ja nicht nur in dieser heutigen Sitzung. Herr Brauer.

Henning Brauer: Ich bin immer noch Henning Brauer, genau. Wir stellen im Nachgang des G20 doch jetzt fest, dass uns die Polizei und der Senat versuchen, eine Geschichte dieser Tage zu erzählen, die sich so überhaupt nicht mit den Erlebnissen der Menschen, die tatsächlich dabei waren, deckt, vielleicht mit Ausnahme einiger Polizeibeamter.

Nach den Ereignissen dieser Tage, wo offensichtlich alles schiefgelaufen ist, was schieflaufen konnte, wo alle vorherigen Warnungen ignoriert wurden ..., ich möchte noch einmal daran erinnern, das ist zum Glück aktenfest festgehalten, dass wir als Stadtteilbeirat gegenüber den beiden beteiligten Bezirksamtsleitern, Altona und Mitte, als auch gegenüber den Leitern der federführenden Polizeikommissariate 14 und 16 die Ereignisse dieser Tage fast exakt vorhergesagt haben, was wohl nicht daran liegt, dass wir hellseherische Kräfte haben, sondern dass es auf der Hand lag. Wir haben Sie hingewiesen auf das Haus am Schulterblatt 1 mit dem Baugerüst, wir haben Sie hingewiesen auf die Baustellen, von denen nachher das Material für die Barrikaden kam. Wir haben Sie auch sehr deutlich darauf hingewiesen, dass es eine absurd schlechte Idee ist, so ein Ereignis in einer Großstadt stattfinden zu lassen, was seit Genua jeder hätte wissen müssen. Sie haben es alles ignoriert.

Sie haben es alles ignoriert. Im Nachgang erleben wir, dass niemand Verantwortung übernehmen möchte.

Wenn Sie, Herr Grote, und Sie, Herr Meyer, auch nur einen Funken Anstand im Leibe hätten, hätten Sie jeweils ..., dann hätten Sie jeweils genau drei Worte dazu zu sagen gehabt, und die lauten: Ich trete zurück.

Vorsitzender: Herr Brauer ... Herr Brauer, ich habe noch zwei weitere Wortmeldungen von Ihnen. Nehme ich an, die sind jetzt auch in dieser Reihenfolge. Wollen Sie die dann jetzt gleich weiter mitarbeiten oder sind Sie bereit, dass wir die zurückstellen, damit auch noch andere was sagen können?

Henning Brauer: Die können Sie gern zurückstellen. Ich weiß auch gar nicht, ob ich noch welche brauche. Ich möchte das noch kurz abschließen, ...

Vorsitzender: Ja.

Henning Brauer: ... es ist für die Menschen in unserem Stadtteil, die in diesen Tagen wirklich Schlimmes erlebt haben, die zum Teil bis heute in psychologischer Behandlung sind, und ein Viertel, was ein kollektives Hubschraubertrauma hat ...

Es ist für uns unerträglich, dass die vier Hauptverantwortlichen, Herr Scholz, Herr Grote, Herr Meyer und Herr Dudde, nach wie vor in Amt und Würden oder sogar noch befördert worden sind.

Vorsitzender: Herr Raynher, vom Standpunkt Schanze auch.

Herr Raynher: Schönen guten Abend, Raynher für den Standpunkt Schanze. Meine Kollegen haben jetzt eigentlich das meiste, glaube ich, das wir auf dem Papier haben zur Straße Sternschanze bis Schulterblatt, also zum Schanzenviertel, gesagt. Von daher möchte ich noch kurz was sagen zu der Situation auf der Kreuzung Schanzenstraße/Weidenallee. Das ist der Punkt, an dem ich mich sowohl am Donnerstag wie auch am Freitag bis tief in die Nacht befunden habe. Und, wie vielleicht auch schon bekannt ist, gab es auch da zunächst am Donnerstag Ausschreitungen, es gab angezündete Papierkörbe, Glascontainer. Und danach wurde, was für mich irgendwie doch eine Frage aufwirft, was die Polizeitaktik angeht, die Demonstration oder die Versammlung, die dort stattfand auf der Kreuzung, in die Straße Kleiner Schäferkamp, wohlgemerkt die kleinste von den vier möglichen Straßen an dieser Kreuzung, hineingelassen und danach mit erheblichen Sachschäden wieder zurückgedrängt von der Polizei, kommend vom Schlump aus. Das heißt, die Personen wurden alle wieder zurückgedrängt auf den großen Platz. Parallel dazu war ein großes Aufgebot von Einsatzwagen in der Straße Weidenallee. Und im Nachgang sind dann in der Margaretenstraße, während keine Polizei mehr da war, dort Mülleimer angezündet worden, die von den Anwohnern gelöscht wurden, weggeräumt wurden.

Am Freitag sah dieselbe Situation vonseiten der Polizei wieder ganz anders aus. Wir hatten dieselben Ausschreitungen, wir hatten auch dort wieder angezündete Glascontainer, die auf die Straße gezogen wurden. Die Anwohner haben dieses Mal anders reagiert, die Anwohner in der Margaretenstraße haben sich mit Eisenstangen auf die Straße gestellt, weil sie an diesem Tag keine Polizei gesehen haben. Sie haben auch am Tag vorher, als dort die Mülleimer angezündet wurden, keine Polizei gesehen. Die Polizei hat sich nur mit dem großen Aufzug beschäftigt. Am Freitag ist zusätzlich, wie Sie alle wissen, auch dort der REWE geplündert worden. Zu diesem Zeitpunkt waren dort keine nennenswerten Polizeikräfte, obwohl an diesem Punkt alle Zugänge offen waren, keine Personen auf irgendwelchen Dächern waren und im Grunde der gesamte Einsatz ja am Tag vorher schon einmal geübt war. Ich muss mich also fragen, wie da die Polizeitaktik dazu aussieht.

Die zweite Frage, die ich stellen möchte, oder der zweite Gedanke, den ich gern verfolgen möchte ist, wie sich die Polizei das vorstellt, wenn sie einerseits das Gewaltmonopol für sich beansprucht und andererseits die Bürger in solchen Momenten alleinlässt und die Bürger sich auf die Straße stellen mit Eisenstangen. Ich glaube nicht, dass das das Ziel sein kann einer Polizeitaktik.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Simon. Herr Simon, bitte. Und danach Herr Axel Bühler.

Jan Simon: Ich versuche es noch einmal etwas leiser. Ich bin noch Jan Simon, Anwohner Schulterblatt. Okay. Lauter, okay. Für die Polizei überraschend waren gemäß den bisherigen Ausführungen in den Ausschüssen das Nutzen von Wechselkleidung, wenige gut organisierte Gruppen in einer Stärke von 150 bis 200 Personen, die Revierstärken in Silvesterausstattung überforderten, die hohe Gewaltbereitschaft vorrangig internationaler Gruppen, die zufällige und nicht vorhersehbare Ortswahl der massivsten Auseinandersetzungen, Elbchaussee, Altona am Freitagmorgen, im Schanzenviertel am Freitagabend, die rauschhafte Beteiligung

vorher Unbeteiligter gemäß Ihnen, Herr Grote, oder Herr Pein, wie Sie sagten, möglicherweise der Abgrund der menschlichen Seele. Es wird so der Eindruck erweckt, die Ereignisse am Freitagmorgen in Altona und am Freitagabend im Schanzenviertel seien nicht vermeidbar gewesen und die Suche nach Verantwortlichen jenseits der Täter nicht zielführend, betrüblich, um Herrn Meyer zu zitieren, aber wohl unvermeidlich. Herr Großmann sprach am 19. Juli davon, dass die Polizei, ehrlich gesagt, nicht damit gerechnet hatte, dass das Gegenüber bereit ist, dermaßen große Schäden im eigenen Viertel zu verursachen, im eigenen Viertel so zerstörerisch zu wirken. Was meint er mit eigenem Viertel? Von welchem Gegenüber spricht Herr Großmann? Ich spreche nicht von den viel beachteten und zu Recht kritisierten Aussagen von Herrn Beuth, sondern von den Aussagen des Einsatzabschnittsleiters zur Behinderung der Ausschreitungen am Freitagabend des 7. Juli. Meinte er, dass die Bewohner des Stadtteils Sternschanze die Geschäfte geplündert haben, Barrikaden gebaut und die Haspa angesteckt hätten?

Der Stadtteilbeirat hat im Vorwege auf die zunehmende Gewaltbereitschaft auch unpolitischer Menschen hingewiesen. Die Aktionen von Menschengruppen sind nicht irrational und rauschhaft, sondern durchaus wissenschaftlich nachvollziehbar, wie viele Ausarbeitungen zeigen. Es ist in meinen Augen erschütternd, wenn Herr Dudde ganze zehn Sekunden zum Deeskalationskonzept spricht und anscheinend keine Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen anderer internationaler Großstädte gezogen wurden. Ist es nicht möglicherweise so, dass eine Gruppe von 150 bis 200 Menschen im Zusammenwirken mit der vorhersehbaren Einsatztaktik des, ich zitiere Herrn Meyer über Herrn Dudde: "Er ist der beste Mann für diesen Job. In Bezug auf Einsatztaktik und Durchführung hat er die meisten Fähigkeiten und Erfahrungen", auch zu sehr vorhersehbaren Ereignissen führte. Die Herr Dudde zur Verfügung gestellten Ressourcen – das Beste, was die deutsche Polizei zur Verfügung hat, durchaus auskömmlich, um ihn selbst zu zitieren – und die Mitarbeiter der Polizei waren schon am Morgen des 7. Juli, also bevor der eigentliche Gipfel begann, oberhalb ihrer geplanten Einsatzkapazität mit mehr als grenzwertigen Dienstzeiten, um ihn ebenfalls wieder zu zitieren, sodass Herr Dudde, bevor der Gipfel begann, um weitere Unterstützung im Lande bitten musste.

Wir möchten den Ausschuss bitten, die Einsatzprioritäten, die Einsatzplanungen und die Einsatzaufwände auch der Tage vor dem Gipfel zu erfragen. Aus unserer Sicht geprüft werden sollte, ob der Einsatz der Polizisten insgesamt sinnvoll, zu den richtigen Zeitpunkten und für die relevanten Ziele erfolgte. Ebenfalls möchten wir ihn bitten darzulegen, inwiefern wissenschaftliche und moderne Erkenntnisse über sinnvolle Polizeitaktiken internationaler Großstädte in Bezug auf größere Menschengruppen in die Polizeitaktik zum G20-Gipfel Berücksichtigung fanden.

Der Stadtteilbeirat hat Politiker und Polizei im Vorwege auf Baustellen und Baugerüste im Viertel hingewiesen sowie auf die mögliche Verwendung zum Barrikadenbau und als Wurfmaterial. Der Schutz der Anwohner wurde zugesagt. Herr Dudde sagte dazu, dass ihm die Rechtsgrundlage für einen Abbau der Gerüste fehlte und dass ihm die Örtlichkeiten am Schulterblatt 1 nicht bekannt seien – denn nachdem sich am 6. Juli die Auseinandersetzungen nach 22.30 Uhr gemäß Aussage Herrn Großmanns ins Schanzenviertel verlagerten, konnte man das ja überraschenderweise am 7. Juli nicht auch noch erwarten. Das Schulterblatt bildete ja nur eine von vielen Grenzlinien der 38 Quadratkilometer großen Allgemeinverfügung der Demonstrationsverbotszone.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Axel Bühler, bitte. Und danach bitte ich Frau Karen Ullmann, sich bereitzuhalten.

Axel Bühler: Axel Bühler, Anwohner, ehemaliger Abgeordneter der Bürgerschaft. Was mich umtreibt, ist tatsächlich die Frage der politischen Verantwortung und das Verschwinden dieser politischen Verantwortung in dem, was ich in den letzten Monaten gesehen habe. Ich finde, auch Sie als Parlamentarier haben sich nicht mit Ruhm bekleckert, indem Sie daraus keinen echten Untersuchungsausschuss gemacht haben, sondern nur einen Sonderausschuss.

Ein Parlament, das sich nicht traut aus politischer Rason, das gilt für die beteiligten Fraktionen, einen echten Untersuchungsausschuss bei diesem Thema einzusetzen, beschneidet sich selbst in seiner Macht und seinen Aufgaben und legt den Grundstein dafür, das Misstrauen eben nicht auszuräumen, dass hier politische Verantwortungen nicht übernommen werden.

Was ich wahrgenommen habe um den G20, ist ein klares Fehlschlagen der Polizeistrategie, eine Strategie, die auf Eskalation ausgerichtet war, die dann hinterher nicht einlösen konnte, es wurde auf dicke Hose gemacht und dann gekniffen, um es einmal umgangssprachlich zu sagen. Allein dafür gehört man normalerweise rausgeschmissen.

Aus meiner Sicht hat die Exekutive sehenden Auges die Stadt dem G20 zugeführt, um das in drastischen Bildern zu bezeichnen, sie alleingelassen oder mit Schutzkräften alleingelassen, die weder fachlich noch menschlich in der Lage waren, das zu bewältigen. Die Stadt hat nach dem G20 sich aufgerappelt, das Krönchen wieder aufgesetzt und so weiter, die Falten geglättet und ist weitermarschiert. Aber Sie haben einen Schaden hinterlassen und einen Schaden angerichtet, für den ich erwarte, dass dieser Ausschuss die politische Verantwortlichkeit klärt, denn das, was passiert ist, ist klar nachvollziehbar eine Kette von Entscheidungen von handelnden Personen gewesen, die ich nicht vom Haken gelassen sehen möchte.

Ich weiß nicht, ist die Zeit vorbei oder ...?

Ein konkretes Erlebnis – okay, ganz kurz –, wir wohnen in der Max-Brauer-Allee gegenüber der Shell-Tankstelle. Auch da der klassische Vorgang, der überall geschildert wurde, einfach noch einmal für die Akten. Es war Freitagnacht, ich glaube, nach Mitternacht, es war klar, dass die Tankstelle irgendwann Gegenstand von Aggressionen werden würde. Wir waren als Anwohner auf der Straße, auch wir haben uns mit einzelnen Akteuren angelegt, Barrikaden beiseite geräumt und die Polizei verschiedentlich angerufen, die natürlich für den Schutz der Tankstelle nicht zur Verfügung stand. War ein ganz spannender Rollenwechsel, weil ich natürlich vorher auch auf der Demo war und das muss man im Kopf auch erst einmal alles zusammenkriegeln. Vielen Dank.

Vorsitzender: Frau Karen Ullmann, bitte. Frau Ullmann, Karen Ullmann? Ist nicht mehr da? Dann stellen wir das einmal ...

(Frau Karen Ullmann: Doch, ich bin hier.)

– Ach so, Entschuldigung, Frau Ullmann, bitte.

Karen Ullmann: Ja, Karen Ullmann, ich bin auch Anwohnerin in der Max-Brauer-Allee und außerdem Mutter von drei Kindern. Ich möchte mit meiner Kritik ein bisschen vorher ansetzen. Sie haben ..., das wurde ja auch schon angesprochen, in der Planung sind Sie davon ausgegangen, dass 8 000 Gewalttäterinnen und Gewalttäter in unsere Stadt kommen. Sie sind davon ausgegangen, und ich habe Ihr Sicherheitskonzept vorher gelesen, dass in dieser Stadt am Donnerstag irgendein normales Leben nicht mehr möglich sein wird durch die Schleusung, nicht durch die Demonstration, sondern allein durch die Schleusung, und Sie wussten auch schon vorher, dass wir alle eine Woche lang ein bis fünf Hubschraubern ausgesetzt sein werden und das 24 Stunden am Tag.

Ich habe länger darüber nachgedacht, ob ich mit meinen Kindern die Stadt verlasse oder nicht. Ich habe vom Helene-Lange-Gymnasium und von der Grundschule Arnkielstraße jeweils Mails bekommen als Mutter, dass Schulpflicht bestehe. Ich wusste, dass niemand mich dafür kritisieren wird, wenn ich mich dagegen wehre, aber ich habe dann beschlossen, hier-zubleiben. Ich weiß von dem Schulleiter der Grundschule Arnkielstraße, dass er die Behörde gebeten hat, G20 freizugeben und dass ihm das verwehrt wurde. Ich weiß von der Grundschule Schanzenstraße, die einzige, für die die Schulpflicht aufgehoben wurde, dass sie gern einen Schulausflug machen wollten mit der ganzen Schule über zwei Tage – das fand ich eine sehr gute Idee –, da war leider kein Geld da. Es wurde uns allen versichert, dass selbstverständlich unsere Kinder in den Schulen betreut würden. Und auch ohne Ihre 8 000 Gewalttäterinnen und Gewalttäter, mit denen Sie gerechnet haben, war schon vorher klar, dass das auf gar keinen Fall möglich sein kann. Und ich verstehe die Verwunderung nicht, über dann 1 500, das sind Ihre Zahlen, die dann kommen, denen Sie angeblich nicht Herr werden können.

Ich hatte das unglaubliche Glück, mein kleines Kind am Donnerstagmittag mit den Großeltern noch aus der Stadt zu schicken. Eine Freundin von mir mit einem zweijährigen Kind, die Lehrerin ist, die nicht freigezogen hat von der Schulbehörde, weil ja Schulpflicht bestand, hat es nicht geschafft. Sie ist um 2 Uhr mittags hier losgefahren, sie war um 11 Uhr nachts wieder da und sie hatte es um 8 Uhr bis nach Hamm geschafft. Sie hat es nicht geschafft, mit Ihrem Kind diese Stadt zu verlassen. Das heißt, Sie wussten vorher und ohne die angeblich nicht vorauszusehenden Ausschreitungen, dass ein öffentliches Leben nicht möglich sein wird. Das Hubschraubertrauma wurde hier schon angesprochen. Ich habe länger überlegt, wie gesagt, ob ich meine Kinder dem aussetze oder nicht, ich habe mich dafür entschieden. Ich hatte tatsächlich versucht, ihnen beizubringen, obwohl ich aus dem Wendland schon schwieriges polizeiliches Einsatzverhalten kannte, dass die Polizei im Grunde ihr Freund und Helfer ist und wenn sie größer werden, können sie sich eine eigene andere Meinung bilden. Die Aufgabe haben Sie mir jetzt abgenommen. Ich zitiere meinen Sohn: Mama, wenn ich noch einen Schwarzvermummten und einen Polizisten sehe, dann raste ich aus. Und das war der Donnerstagabend, dann kam ja noch der Freitag.

Das Gefühl – aus der Max-Brauer-Allee wurden hier schon Dinge erzählt, die kann ich nur bestätigen –, das Gefühl noch ein Kind dabei zu haben, dem man erklären muss, dass das jetzt alles bestimmt nicht so schlimm wird, auch wenn überall Rauch ist und Menschen, die sich vielleicht nicht so verhalten, wie man das in Grundschule und Kindergarten lernt, wie man Konflikte löst, aber dass es bestimmt alles nicht so schlimm wird, dass bestimmt unser Haus nicht anfangen wird zu brennen und dass bestimmt in unser Haus, wenn es brennt, die Feuerwehr kommt, obwohl man ganz genau weiß, dass es nicht sein wird, ist keine schöne Aufgabe. Und ich finde, tatsächlich zu den Ereignissen kann ich auch viel sagen, aber Sie hätten, wenn Sie die Verantwortung hätten übernehmen wollen für diese Tage, feststellen müssen, dass ein öffentliches Leben in diesen Vierteln nicht möglich ist. Sie hätten alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Arbeitspflicht freistellen müssen. Sie hätten die Arbeitgeber dafür entschädigen müssen. Sie hätten die Schulen schließen müssen. Sie hätten sagen müssen, dass Sie unser Viertel für Ihr Spektakel brauchen und dass Sie Menschen dabei nicht haben wollen. Und ich weiß, jetzt bin ich schon über drei Minuten, aber da so viele Männer hier geredet haben, nehme ich mir jetzt raus, noch einmal zwei ...

Ich glaube Ihnen nicht, dass Sie überfordert waren von der Situation. Und mein Lieblingszitat ist das von Herrn Zill, ich glaube, es war halb 10 oder halb 11 am Freitag, bei uns in der Wohnung lief die ganze Zeit das Radio und er sagte, das sei alles nicht schön mit dem, was im Schanzenviertel passiert, aber man muss es doch einmal positiv sehen, der Rest der Stadt ist ruhig. Daraus schließe ich, dass der Rest der Stadt wichtiger war als wir und vor

allen Dingen meine Kinder. Wie gesagt, ich kann so was ertragen, ich trage auch keine Schäden davon, aber was Sie da angerichtet haben, nicht nur bei uns Erwachsenen, die hier sitzen, sondern bei den Kindern, die in dieser Situation eine Ausnahmesituation erlebt haben. Und ich kann es Ihnen einfach nur empfehlen, einmal drei Hubschrauber – und wir hatten ja meistens fünf – 24 Stunden, sieben Tage die Woche über Ihren Köpfen zu haben. Sie wissen nicht, wie schön das Aufwachen am Sonntagmorgen war ohne diesen Lärm.

Vorsitzender: Herr Brauer einmal wieder und dann Frau Müller, Frau Sabine Müller danach. Herr Brauer jetzt, danach Frau Sabine Müller.

Henning Brauer: So, mein Name ist immer noch Hennig Brauer. In der Sitzung des Stadtteilbeirates vor G20, wo die Leiter der Polizeikommissariate 14 und 16 zu Gast waren, haben einige der Gewerbetreibenden aus dem Viertel sie gefragt, sollen wir unsere Schaufenster verrammeln, sollen wir Rigipsplatten oder Sperrholzplatten davor schrauben. Die Antwort fast wörtlich zitiert, war: Das brauchen Sie nicht, die Polizei ist da, die Polizei beschützt Sie. Das Ergebnis kennen wir alle. Im Nachgang zu G20 wurde den gleichen Gewerbetreibenden ganz schnell, ganz unbürokratisch großzügige Hilfe zugesagt. Sie berichten uns unisono, dass das überhaupt nicht funktioniert, dass sowieso nur über Sachschäden gesprochen wird und dass auch von diesen große Teile nicht anerkannt werden und das dann auch noch mit einer unglaublichen Menge an Bürokratie und Papierkram verbunden ist. Auch in diesem Fall großspurige Versprechungen, von denen nichts über bleibt.

Vorsitzender: Das Thema Entschädigungen wird in den weiteren Ausschussberatungen noch eine Rolle spielen, das hatte ich schon gesagt. Frau Sabine Müller, bitte.

Sabine Müller: Können Sie mich hören? Ja. Okay.

Vorsitzender: Ja, sehr gut, danke.

Sabine Müller: Mein Name ist Sabine Müller. Ich bin Anwohnerin. Nur durch einen Zufall hat mein Auto an der Elbchaussee nicht gebrannt, es stand da aber in unmittelbarer Nähe. Ich würde gern am Donnerstag anfangen, nein, eigentlich schon vorher, aber meine Vorrednerinnen haben schon viele gute Sachen gesagt, deswegen will ich mich kurzhalten. Wer einer Demonstration, bei der noch nicht bekannt ist, inwieweit Polizeibeamte Undercover Straftaten begangen haben ... Vermummung ist ja schon einmal festgestellt worden, leider auch erst in einem Prozess, so wie ich das mitbekommen habe, hat der auch offensichtlich ziemlich viel Ärger bekommen. Unklar ist noch, inwieweit es weiter von Polizeiseite aus zu Straftaten gekommen ist. Es ist bekannt, dass aber auch Polizeibeamte Knüppel aus den eigenen Reihen abbekommen haben. Wie ich das finden soll, weiß ich jetzt nicht. Ist das jetzt gut oder schlecht? Ich vermute, es ist nur die Spitze des Eisberges, die wir als Öffentlichkeit überhaupt erfahren. Wenn eine Demonstration am Donnerstag schon wissentlich überhaupt nicht losgelassen wird, sich Polizeibeamte in großer Zahl daruntermischen, dann frage ich mich, wer wundert sich da über einen Freitag, über einen Samstag?

Eingeladen wurde vom Senat weltweit. Wir aus dem Viertel, die gegen den G20 sind, sind europaweit zumindest besucht worden. Alle haben ihre Widerstandsformen mitgebracht, wie man die findet, mag dahingestellt sein, aber diese Widerstandsformen gibt es nun einmal und wer international einlädt, muss eben auch mit internationalem Protest rechnen, so ist das.

Die Hubschrauber sind jetzt schon mehrfach genannt worden. Es steht jemand, der hier in der Nähe von der Johanniskirche festgenommen worden ist, vor Gericht. Er wird beschuldigt, einen Hubschrauber geblendet zu haben. Es hat sich bisher noch nicht rausgestellt, ob jemals ein Hubschrauber dadurch in Gefährdung geraten ist. Im Moment sieht es wohl so aus, als wenn das nicht der Fall ist. Er steht davor, alle anderen, die wir hier sitzen und Anwohner

sind, können es wahrscheinlich gut nachvollziehen, wenn wir alle versucht hätten, diese Hubschrauber in irgendeiner Weise loszuwerden.

Vorsitzender: Ich möchte diese Äußerung so verstanden wissen, dass Sie damit irgendwie ... also wie Sie sie wahrscheinlich gemeint haben, aber Sie können ja nicht gemeint haben, dass man Straftaten begeht. So haben Sie es wahrscheinlich auch nicht gemeint. Machen Sie weiter.

Sabine Müller: So. Also, Hubschrauber hatte ich. Was wollte ich noch? Genau, Riot. Der Freitagabend im Schanzenviertel nicht schön, aber dennoch ... Wenn es solche Auseinandersetzungen gibt, dann ist doch klar, dass sich alle Leute daran beteiligen. Für den Senat, für die Polizei war es offensichtlich ganz schön, dass sich das alles nur in der Schanze abgespielt hat. Die waren doch froh, dass es sich nicht in Eppendorf, in Eimsbüttel, in was weiß ich wo abgespielt hat, oder? Also, ich weiß nicht. So ist es einfach. Schade, dass dafür auch noch welche befördert worden sind.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Emily Laquer.

Emily Laquer: Moin, mein Name ist Emily Laquer, ich bin G20-Aktivistin und Anwohnerin hier im Stadtteil. Dieser ganze Sonderausschuss ist eine Farce und bisher eine Bühne für die Propaganda der Polizei gewesen. Die gewaltsamen Ausschreitungen, die nicht aufgearbeitet bleiben, sind die der Polizei hier in Hamburg. Die Knochenbrüche, die Loveparade-artigen Szenen, die Szenen, wo nur mit Glück Tote vermieden wurden, wo Polizei auf Aktivisten eingepregelt hat und mit Wasserwerfern Menschen vom Dach ... also in die Richtung von Menschen auf dem Dach geschossen hat. Der Anschlag ... der ganze Gipfeleinsatz war ein Anschlag auf die Demokratie, das Stellen über das Bundesverfassungsgericht, die kilometerweite Aufhebung des Demonstrationsrechts, das Ausschlagen von dem Redeangebot von uns Organisatoren von Protesten. Wir haben immer wieder dazu aufgerufen, den Weg der Eskalation zu verlassen, um mit uns Demoorganistoren zu sprechen, das ist uns verweigert worden. Die Militarisierung der Stadt ist nicht aufgearbeitet worden. Und was dem Gipfel noch obendrauf setzt, ist, dass jetzt überall in Deutschland weiter die Verschärfung von Polizeirechten, weitere Überwachungen und mehr Bewaffnung besprochen wird.

Um diejenigen zu finden, die Furcht und Schrecken über Hamburg gebracht haben, muss man nicht ins Ausland gucken, sie sitzen teilweise hier im Raum.

Der Rechtsbrecher Hartmut Dudde wurde für seinen Job auch noch befördert. Andy Grote hat sich zumindest zum Kasper der Polizei gemacht. Olaf Scholz ist für die Verantwortung, diesen Gipfel nach Hamburg zu holen, auch noch Vizekanzler geworden. Als Stadtteil haben wir uns letztes Jahr schon beraten, was wir davon halten in einer gemeinsamen Versammlung auf St. Pauli. Dort waren tausend Anwohner und wir haben uns geeinigt darauf, dass wir unsere Erfahrungen, die widersprüchlich sein mögen, aber dass wir unsere Erfahrungen nicht von der medialen Hetze nehmen lassen, dass wir jetzt noch mehr wissen, warum die Entscheidung, den G20-Gipfel nach Hamburg zu holen, falsch war, und dass die Flora bleibt und dass wir linke Zentren weiter verteidigen werden.

An Sie ... Ich komme zum Schluss. An Sie haben wir keine Hoffnung, wir haben keine Bitte, wir haben keine Frage, wir haben eine einzige Forderung und das ist, die sofortige Entlassung des gefährlichen Hartmut Dudde. Und das Zurücktreten des Verantwortlichen Andy Grote.

Und wir ... ein letzter Satz ...

Vorsitzender: Frau Laquer ...

Emily Laquer: Ich komme zum Schluss, letzter Satz. Wir werden den Jahrestag von G20 feiern in einem Festival der grenzenlosen Solidarität, weil wir in der Woche auch erlebt haben, wie wunderschön, wie solidarisch dieser Stadtteil sein kann und wie doll wir zusammenhalten. Das sollten wir uns bewahren für die nächsten Jahre.

Vorsitzender: Ich habe noch eine Wortmeldung des Standpunkt.Schanze.

Und ich denke, den weiteren Beratungen, Entschuldigung, Herr Simon, nur ganz kurz, geht nicht an Sie, die weiteren Beratungen würden sich jetzt natürlich einfacher gestalten, wenn wir versuchen, weniger die Emotionen hineinzubringen, auch wenn das Ihr gutes Recht ist, das so zu bringen. Ich denke, das ist etwas, womit wir uns identifizieren können. Jeder kann sagen, was er will, aber es muss sich immer in dem Rahmen halten, den wir in der normalen Diskussion, wenn wir unter vier Augen auch wären, auch einhalten können. Herr Simon, bitte.

Jan Simon: Okay. Deutlich kürzer und nur ein paar Fragen. Wir haben gehört, dass umfassende Aufklärungsmaßnahmen eingesetzt wurden inklusive der Erfassung detaillierter Bewegungsprofile. Dazu fragen wir insbesondere vor dem Hintergrund der neuen Datenschutzgrundverordnung, welche Daten sind über Anwohner gespeichert und für welchen Zeitraum. Sind Telefongespräche, Nachrichten und Bewegungsprofile von Anwohnern in den gleichen Datenbanken, wie Daten der Randalierer gelandet? Wenn ja, wie werden diese getrennt? Wurden im Schanzenviertel IMSI-Catcher eingesetzt und welche Auswirkungen ergeben sich daraus zukünftig für die Bewohner? In welchen Datenbanken könnten Anwohner gespeichert worden sein, nur aus dem Grund, dass sie sich am 7. Juli im Schanzenviertel aufhielten?

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Urte Spieckermann, bitte. Danach kann Herr Alex Mahler sich bereitmachen.

Urte Spieckermann: Urte Spieckermann, ich bin Anwohnerin, ich bin Eigentümerin und ich bin Mutter. Ich möchte das einmal so darstellen, nicht jeder hatte die Chance, aus der Stadt zu fliehen. Das war auch einfach nicht jedem möglich. Mein Sohn hatte Abiturfeier und natürlich haben wir auch die Tanten und Onkels eingeladen, für mich ist das selbstverständlich. Es war in den Tagen vor dem G20 in der ganzen Schanze gespenstisch, gespenstisch leer, da standen überhaupt gar keine Autos mehr, da liefen keine Leute mehr rum, alle, die ich so kenne aus der Nachbarschaft, die waren alle weg. Wie kann das eigentlich sein, dass so was stattfindet und dann plötzlich alle Menschen irgendwie abhauen? Es ist nicht jedem möglich, wie gesagt, wir hatten Abiturfeier. Hinterher haben wir sogar erfahren, dass im Schulterblatt die Polizei durchgegangen ist und den Leuten empfohlen hat, die dort arbeiten, ab Donnerstagnachmittag die Läden zuzumachen, die Geschäfte zuzumachen, die Büros zu schließen und am Montag wiederzukommen. Hallo? Ich wohne da, ich wohne da schon ganz lange. Ich habe schon ganz viele Demonstrationen mitgekriegt. Übrigens, die mit den schlimmsten Ausschreitungen von Herrn Dudde.

Und natürlich haben wir dieses Mal auch wieder unsere Mülltonnen in den Garten befördert, damit die nicht wieder abfackeln, damit wir das nicht wieder bezahlen müssen und so, aber dieses Mal war es wirklich, wirklich anders. Ich habe selbst noch nie auf der Straße gestanden und mein Eigentum verteidigt zusammen mit Nachbarn. Ich bin Pazifistin, ich bin christlich eingestellt und so erziehe ich auch meine Kinder. Von daher war es für mich auch sehr, sehr erschreckend, mit den Nachbarn Schulter an Schulter dazustehen, wo eigentlich die Polizei hätte stehen müssen und Nachbarn zu sehen, die einfach einen Schlagstock oder so was Ähnliches irgendwie rausholten und einfach einmal auf einen Randalierer losprügelten, damit der abhaut, damit der uns nicht weiter bedroht. Der ist dann abgehauen, aber ich finde es gruselig, ich will das nicht. Ich will weder bedroht werden noch will ich Gewalt ausüben gegen andere.

Und ich möchte auch noch einmal sagen, dass meine Tochter, die inzwischen 21 ist, durch diesen Gipfel, weil sie natürlich auch bei der Feier zur Abiturfeier von meinem Sohn dabei war, schon auch ein Trauma hat, weil, vorm Haus war Krieg, hinterm Haus war Krieg und irgendwie konnten wir immer nur zusammenhocken, gestresst von diesem tagelangen Hub-schrauberterror und hoffen, dass das bald vorbeigeht und dass wir irgendwie einigermaßen heil rauskommen.

Und dann möchte ich noch kurz sagen, mein Gartenzaun, der natürlich dann irgendwann nachts, als wir einmal nicht mehr aufpassten, abtransportiert wurde und verfeuert wurde, der wurde ansatzweise entschädigt. Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Alex Mahler, bitte. Herr Alex Mahler und danach Herr Marcello Tenedini.

Alex Mahler: Moin. Es war, glaube ich, es müsste dann der Sommer 2016 gewesen sein, als dann in der "Hamburger Morgenpost" die große Ankündigung kam, hey, der G20-Gipfel kommt nach Hamburg und mein erster Gedanke so, ist das ein Witz. Sitzen da Leute irgendwie zusammen und würfeln, wo könnte es denn das größte Medienecho geben, Leipzig, Berlin, Hamburg? So, ist der Würfel wohl für Hamburg gefallen. Und ich glaube, dass einfach damit schon der erste Stein geworfen wurde, nicht von Demonstranten, sondern von der Politik. Mich würde einfach einmal interessieren oder ich würde einfach, dass mir gern einmal diese Frage beantwortet wird, wie diese Entscheidung getroffen wird, wie man auf so eine absurde Idee kommt, so was in Hamburg stattfinden zu lassen?

Weiterhin habe ich Dinge gesehen, die ich nie für möglich gehalten hätte. Ich habe gesehen, wie Berliner Polizisten hooliganartig auf Demonstranten eingeschlagen haben und getreten. Ich habe gesehen, wie Sanitäter von Wasserwerfern attackiert wurden, also, ich weiß nicht, Helfer und die sich als Helfer bezeichnen.

Am Schluss hätte ich noch ein paar Worte, und zwar: Vielleicht sollte man über einen Wechsel in der Führung der Polizei nachdenken, vielleicht jemanden, der besoffene Touristen und 3,60 große, mit Speeren bewaffnete Leute auf Dächern unterscheiden kann.

Vorsitzender: Herr Marcello Tenedini. Danach hat sich ein Jan gemeldet, vielleicht mag er dann seinen Nachnamen auch noch angeben.

Marcello Tenedini: Es ist an, aber ich ... okay, ich bin ein bisschen, sorry. Ja, moin erst einmal. Ich kann mich auf jeden Fall einigen meiner Vorredner und Vorrednerinnen anschließen. Vorher möchte ich noch einmal einen kleinen Dank ausgesprochen haben, weil, das wird ganz oft nicht beachtet, und zwar sind das die Demosanis und allgemeinen Sanis, die wirklich die Heldentaten vollbracht haben an diesem Wochenende.

Zur Ordnung so ein bisschen, ich möchte ein paar kleine Anmerkungen, Geschichten erzählen, aber eigentlich sehr kurz und danach etwas vorlesen. Und zwar habe ich eine Frage, warum am Samstag HoGeSa-Nazi-Hools nach Hamburg gekommen sind und das nicht verhindert wurde? Warum Sie in der Stadt Hamburg Kneipen und Menschen und Einzelpersonen angreifen konnten und das gar nicht besprochen wird, dass diese Leute, ja, Selbstjustiz begangen haben?

Das Zweite ist, ich möchte an eine Sache anknüpfen, die vorhin schon gesagt worden ist, und zwar nicht die ganzen interessanten Tage, die wir schon gehört haben, Donnerstag und Freitag, sondern auch den Samstag. Und zwar als alles eigentlich schon vorbei schien und alle Veranstaltungen schon vorbei waren und sich die Menschen gedacht haben, wir gehen jetzt wieder auf die Straße und zeigen, dass wir auch freudig auf die Straße gehen können. Nachdem, was alles irgendwie passiert ist, haben sich folgende Szenen an der Ecke Feld-

straße, Neuer Kamp und Neuer Pferdemarkt abgespielt, und zwar ist erst einmal das SEK wieder aufgetaucht, keiner weiß auch wirklich, warum. Eine Gruppe hat sich dann, was heißt eine Gruppe, es war keine definierte Gruppe, sondern eine Gruppe von Menschen, die einfach auf der Straße war, hat angefangen zu skandieren, dass diese Personen sich bitte entfernen sollen, weil wir keinen Bock auf das SEK haben. Dann hat sich das SEK entfernt und keine fünf Minuten später hat sich eine baden-württembergische BFE-Einheit an die Straße Neuer Kamp gestellt, die Straße geschlossen, das bayrische USK hat sich auf die andere Straßenseite gestellt und alles, was dazwischen stand, ja, den Leuten wurde auf Köpfe, Beine et cetera eingeschlagen. Und das waren Leute, die nicht vermummt waren, das waren Leute, die einfach Musik gemacht haben, das waren Leute, die gesungen haben, das waren Leute, die geklatscht haben. Das waren Leute, die einfach Bier getrunken haben auch, weil das zu einem Samstagabend nach so einem Riesenereignis dazugehört. Und ich frage mich ... ich möchte gern auch wissen, warum dieser Einsatz stattgefunden hat, wer das koordiniert hat, dass diese Straße da noch einmal so massiv auseinandergenommen wurde.

Ja, und ich würde ganz gern, wenn es mir am liebsten wäre, hier Stunden reden, um all meine Sorgen hier loszuwerden und alle Erlebnisse, aber das kann ich natürlich nicht und viele haben das auch natürlich schon getan, deswegen lese ich einen kleinen Text vor, und zwar:

Während die Thematik in Politik und Medien sich beim G20-Gipfel in Hamburg sehr einseitig mit den gleichen Bildern drehen und gleichermaßen der Blick verschränkt wird vor der Gesamtheit der Geschehnisse, haben meiner Meinung nach die Bürgerinnen und Bürger von Hamburg eine andere und breitere Perspektive. Die Politik täte gut daran, diese Perspektive auch ernst zu nehmen, denn genau das hat sie nicht getan, auch nicht während G20 und auch nicht vor G20. Sie haben den Kontakt komplett verloren zu den Hamburgerinnen und Hamburgern.

Und zwar, Sie nahmen mit der Benennung Duddes als Gesamteinsatzleiter der Polizei auch strukturell schon die fragliche Menschlichkeit, indem Sie die Strategie der Deeskalation und Verhältnismäßigkeit vergruben und direkt auf Eskalation, mehr Maschinerie und Aggression gesetzt wurde. Wenn fast ausschließlich vollvermummte, schwer gepanzerte und ja teils sogar schwer bewaffnete Beamte im Einsatz sind, fühlt sich keiner mehr als Mensch und keiner mehr als Bürger mit Rechten. So kam es ja auch nicht nur im Vorfeld zu rechtswidrigem Verhalten, wie wir heute schon teilweise auch gehört haben, in seinem ganzen Ablauf zu teils schweren Verletzungen. Ich spreche hier nicht nur von den Protesten, bei denen die Verletzungen stattgefunden haben. Menschen wurden teilweise auf ihrem Heimweg bedrängt, angegriffen, verletzt, beleidigt, eigentlich alles.

Nicht zuletzt wurde das Urteil vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, in welchem steht, dass durch nicht vorhandene Kennzeichnung von Polizisten diese praktisch zur Straffreiheit von deren führt, vom Innenminister, Grüße übrigens, als unnötige Empfehlung abgewatscht. Als Jurist müssten Sie es eigentlich besser wissen, dass dieses Urteil rechtlich bindend sind und vom Staat respektiert werden müsste und ebenso umgesetzt, schon allein, weil es rechtsstaatliche Standards sind.

Es wurde von Anfang an ein eindeutiges Freund-Feind-Schema aufgemacht, indem Feind jede Person sein konnte, die sich auf der Straße befand. Das sehen wir auch immer daran bestätigt, dass Demonstrierende im Sonderausschuss immer wieder pauschal als Straftäter bezeichnet wurden. Und so verlor nicht nur die Polizei den normalen Kontakt zu uns Bürgerinnen, sondern auch die Politik. Man versprach uns ein Festival der Demokratie. In keinem Wort wurde gewürdigt, wie wir in Hamburg dieses Festival der Demokratie von unten her auf die Beine gestellt haben und ein solidarisches Miteinander lebten. Das hätte auch Ihre Aufgabe sein können und es wurde Ihnen mehrfach angeboten.

Im Vorfeld wurde massiv Stimmung gemacht und dystopische Feindbilder erschaffen, wie übrigens auch bei allen anderen Gipfeln in den Ländern. Auch hier wurde von einem "Wir" mit der Bevölkerung abgesehen. Und das Fehlen von Bürgernahe finden wir auch heute hier, ein Saal mit 200 Leuten, obwohl es in Hamburg viele Säle gibt, die größer gewesen wären. Beispielsweise, wie schon gesagt, der Ballsaal im Millerntorstadion, wo Ende Juli mit über tausend Leuten Bürgerinnen und Bürger von Hamburg gehört werden konnten. Auch diese Erklärung können sie sowie viele weitere Erklärungen von Anwohnerinnen sich einfach durchlesen. Der G20 war politisch ein Desaster und die Verantwortlichen wurden zum Ende auch noch belohnt anstatt sich zu reflektieren und Verantwortung zu tragen. Danke schön.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Herr Tenedini. Ich erlaube mir den Hinweis, dass keine Personen draußen stehen, die keinen Platz haben. Also alle, die heute hierher kommen wollten, finden auch einen Platz und können sich beteiligen. Und der Ballsaal, den Sie genannt haben, ist angefragt worden, ist uns aber nicht zur Verfügung gestellt worden. Ein Jan hat sich gemeldet.

Jan: Ja. Hallo?

Vorsitzender: Ja, sagen Sie Ihren Namen, Herr Jan?

Jan: Ich bin Jan (...), aber.

Vorsitzender: Sind Sie ... wir haben uns bisher alle vorgestellt mit Namen, Nachnamen.

Jan: Ach, ich kenne den Paragrafen nicht so genau.

Vorsitzender: Na ja, erzählen Sie uns einmal was.

Jan: Ja, danke.

(Zurufe)

Wissen Sie was, ich glaube, das lassen wir.

(Zurufe)

Wenn ich über den G20 nachdenke, haben sich im letzten Jahr drei Gedanken rauskristallisiert. Am Sonntagmorgen hat irgendein Mensch in Uniform erzählt über die Situation der Polizeiarbeit. Dabei kam raus, dass die Demonstration "Lieber tanz ich als G20" friedlich beendet worden ist und damit keiner weiteren Erwähnung wert ist. Diese Einstellung habe ich über den ganzen G20 ... also ich fand es zumindest eine interessante Aussage.

Die zweite Sache ist, als Schanzenanwohner bin ich es gewohnt, mit Demos umzugehen. Ich kann mich da relativ leicht drin bewegen und ich kann mich da auch von der Gewalt distanzieren, indem ich einfach weggehe. Die Polizei ... also da sind Demonstranten, da sind ... Polizei. Demonstranten machen was, Polizei sagt, wir schießen gleich mit Wasser, und dann kann man weggehen. Das war diesmal nicht so. Sie haben gleich mit Wasser und Tränengas geschossen. Ich konnte mich nicht mehr von der Gewalt distanzieren. Das fand ich schade.

Das Dritte ist, ich sehe manchmal im Fernsehen in den Nachrichten Leute mit Gewehren rumlaufen. Ich hätte nicht gedacht, dass, wenn ein Dutzend Uniformierte mit Maschinengewehren im Anschlag auf einen sogenannten Mob zulaufen, dass mich das so tief bewegt. Das hat mich verstört. Besonders verstört daran hat es, was wollen die Leute mit Maschinengewehren als Werkzeug, um diesen Mob zu befrieden? Wollen sie die Maschinengewehre benutzen oder wollen sie sie in den Mob reintragen? Ich habe es nicht verstanden. Es ist schwierig für mich.

Ich habe beim G20 ganz viele Erfahrungen gemacht, ganz viele Eindrücke wahrgenommen. Und immer, wenn ich diese Eindrücke mit Leuten teile, bei der Arbeit, im Freundeskreis, die

nicht dabei waren, dann sagen mir die Leute: Ich habe das alles genau verfolgt und da gab es Polizei, die war gut, und da gab es Demonstranten, die waren schlecht. Und ich weiß das ganz genau. Und diese Deckungen, also, ich kriege das nicht übereinander, meine Wahrnehmung und die Wahrnehmung, die in den Medien verbreitet wird. Und ich würde mir von Ihnen wünschen, dass Sie das geradeziehen. Besten Dank auch ohne Nachnamen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Dirk Schmidt-Reichard und danach kann sich Frau Olga Masur bereithalten bitte. Ist Herr Schmidt-Reichard noch da?

Dörte Schmidt-Reichard: Mein Name ist Dörte Schmidt-Reichard.

Vorsitzender: Entschuldigung, das habe ich falsch gelesen. Frau Dörte Schmidt-Reichard.

Dörte Schmidt-Reichard: Kommt vor.

Vorsitzender: Bitte.

Dörte Schmidt-Reichard: Ganz zu Anfang möchte ich einmal anmerken, dass Sie den Bürgern zuhören wollen und ich finde es eine Frechheit, dass Sie dann die ganze Zeit mit Ihrem Handy spielen.

Ich bin Anwohnerin in Altona-Altstadt. Ich wohne geschätzte 300 Meter Luftlinie von Herrn Olaf Scholz entfernt und war dementsprechend auch Wochen vorher ständig mit Hubschrauberlärm konfrontiert. Als ich am Freitagmorgen erwachte, war irgendwas ganz, ganz anders. Es war um 7 Uhr morgens und es war still. Es war so still, ich habe es erst gar nicht gefasst und ich wusste auch erst gar nicht, dass es daran liegt, dass etwas anders ist, dass der Lärm weg war. Ich wundere mich. Ich habe mich wieder ins Bett gelegt, weil ich dachte, das muss ich ja einmal ausnutzen. Und in dem Moment hat es geknallt. Ich frage mich, warum war da kein Hubschrauber am Himmel? Ich habe es nicht verstanden.

Ich habe dann noch einmal ein Video gesehen. Ich habe ein Video gesehen, wo ein junger Mann verhaufen wurde von der Polizei. Verhaufen ist eigentlich gar kein Ausdruck, dass der Mann das überlebt hat, ist ein Wunder. Sein Kopf knallte zwischen Faust und Kopfsteinpflaster hin und her. Es war ein junger Mann und das war im Anschluss an die "Welcome to Hell"-Demo. Ich kann nicht sagen, was jemand gemacht haben muss, damit ihm das passiert. Und der Polizist war nicht allein, stand in einem Pulk.

Vorsitzender: Frau Olga Masur bitte.

Olga Masur: Mein Name ist Olga Masur. Ich wohne in Winterhude und ich melde mich ganz bewusst, um zu zeigen, dass die Empörung weit über diesen Stadtteil hinausgeht.

Ich hatte eigentlich vor, G20 komplett zu ignorieren. Die Ergebnisse waren erwartbar minimal. Hat nicht wirklich funktioniert, wie wir sehen. Es gab dazu ein paar Schlüsselerlebnisse. Das eine war die illegale, mittlerweile ja auch durch Gutachten nachgewiesene Campauflösung, wo ich dachte, okay, wenn das jetzt Putin oder Erdogan gemacht hätten ...

Das Zweite war, dass das, was ich aus den Medien entnehmen konnte, überhaupt nicht mit dem zusammenpasste, was die Leute aus der Schanze mir erzählt haben.

Und das Dritte, das war das, was mich am härtesten getroffen hat. Das war, ich war nicht da, ich habe das im Video gesehen, in einem NDR-Bericht, wie bei der "Welcome to Hell" ein Wasserwerfer Leute, die auf dem Dach eines, ich schätze, fünf-, sechsstöckigen Gebäudes standen und mit Handykamera filmten, ja geradezu versuchten abzuschießen.

Wären diese beiden jungen Männer gefallen, wären sie tot, wahrscheinlich noch welche unten auch, auf die sie gefallen wären. Ich habe bisher nicht erfahren, dass die betreffenden Polizisten irgendwie belangt worden wären. Ich kann Ihnen sagen, welcher Wasserwerfer

das war, das war im Video gut zu erkennen. Da können Sie dann auch nicht behaupten, ja, leider keine Kennzeichnung. In so einem Wasserwerfer, nehme ich einmal an, sitzen zwei Leute und einer hat diesen Knüppel für diese Wassergeschichte in der Hand. Und ich erwartete, dass diese Person zur Verantwortung gezogen wird.

Dann ging es weiter mit Olaf Scholz, der vehement und in einer Tour behauptete, Polizeigewalt gab es nicht, wider besseren Wissens. Ich bin ziemlich sicher, dass es dafür einen strafrechtlichen Paragrafen gibt, für so eine Behauptung, wenn man es besser weiß. Ich finde, die sollte auch für Politiker gelten. Und er hat damit ja nicht aufgehört, er hat ja immer besonders harte Urteile angemahnt und das als Dienstherr der Staatsanwaltschaft, die ist ja in Deutschland nicht frei, das muss man wissen. Und dann finde ich das umso schlimmer.

Wenn ich dann jetzt auch noch höre, dass die Polizei, die so wahnsinnig überrascht war über den Klamottenwechsel, selber schwarze Klamotten parat hatte und bezahlt bekommen hat, um in der "Welcome to Hell" selber mitzumarschieren, dann, wissen Sie, da ist die Welt verdreht. Und ich bin ganz egoistisch. Ich möchte, wenn ich die Polizei rufe und ich brauche sie, möchte ich sicher davon ausgehen können, dass ich nicht bei uniformierten Kriminellen lande.

Und an dieser Stelle möchte ich auch sagen, dass mir wirklich die Polizisten Leid taten. Also wenn schon die Fürsorgepflicht bei zu wenig Wasser nicht funktioniert in Sommermonaten, dass da etliche Leute dehydriert zusammenbrachen, dann kann ich auch sagen ... dann muss man feststellen, dass Dudde seine eigenen Leute auch nichts wert waren.

Ich möchte mit einem Appell abschließen. Mir ist es wirklich wichtig, dass die Polizei eine ordentliche Funktion innerhalb eines Rechtsstaates ausfüllt. Und ich finde es wichtig, dass sie dann auch den Respekt genießt, den sie dafür braucht. Aber dazu brauchen wir Polizisten, die die Kriminellen in ihren eigenen Reihen auch anzeigen. Bitte tut das.

Vorsitzender: Frau Gerlinde Hartmann und danach hat Herr Axel Bühler noch einmal das Wort.

Gerlinde Hartmann: Ja, schönen guten Abend. Mein Name ist Gerlinde Hartmann. Ich bin Anwohnerin in St. Pauli und habe mit Schrecken bereits im März des letzten Jahres in der "Hamburger Morgenpost" gelesen, dass man ... vonseiten der Polizei kam die Information, dass man mit Toten rechnen würde bei dieser Veranstaltung. Das hat mich sehr geschockt, dass ich das da las, und dachte, das kann nicht sein, wenn ich, also ich als friedlich denkender Mensch, der mit so was rechnet, muss doch alles dafür tun, dass in dieser Stadt so etwas nicht stattfindet. Das war erst mein erster Gedanke.

Daraufhin habe ich einen Leserbrief geschrieben, der nicht veröffentlicht wurde. Ich habe ihn noch, also kann ich Ihnen auch übermitteln, wenn Sie ihn lesen wollen. Und dann habe ich gemerkt, dass die Angst umging in meinem Stadtteil, in St. Pauli, dass immer mehr Menschen entschieden haben, sie gehen weg, was übrigens auch in der "Morgenpost" stand, dass man doch lieber gehen solle an diesem Tag oder an diesen Tagen. Und bei mir war aber dann die Angst da so groß um meine Kinder, ich bin auch Mutter, dass ich gesagt habe, ich bleibe, gerade bleibe ich, um das alles auch selbst mitzuerleben. Und dann bin ich geblieben. Und meine Emotionen sind auch da. Also ich könnte jetzt auch anfangen zu heulen, weil ich es in dem Moment, was ich da erlebt habe, zum ersten Mal so richtig mitgekriegt habe, dass hier was ganz, ganz nicht stimmt in unserer Stadt und vielleicht auch in unserem Staat.

Eine Episode, die die Pressefreiheit angeht, die möchte ich jetzt auch schildern. Am Donnerstag nach der "Welcome to Hell"-Demonstration, die ja dann aufgelöst wurde, Sie wissen das ja alles, muss ich jetzt nicht schildern, saß ich dann Wohlwillstraße Ecke Otzenstraße in

der "Kleinen Pause", allgemein bekannt im Stadtteil. Dort war eine bunte Mischung von Menschen, die an diesem Sommerabend was trinken wollten, Männer, Frauen, es war eigentlich relativ friedlich, trotz dieser Geschehnisse am Hafen.

Plötzlich stürmte eine Polizeitruppe in den Grünen Jäger rein, ziemlich schnell. Ich, naiv, dachte, vielleicht haben sie Hunger, wollen endlich einmal was essen. Nein, sie zogen ganz bewusst einen jungen Mann mit einem Presseausweis um den Hals da raus, der gerade etwas aß, nahmen ihn, zogen ihn raus, weg, es ging ganz schnell, und in diesem Moment, deswegen schildere ich das, habe ich erlebt, wie die Menschen, die da alle rumsaßen, einfach was trinken wollten, wie da plötzlich die Aggression gegen die Polizei ganz schnell hochging. Plötzlich nahmen alle ...das schildere ich hier, damit Sie hören, damit Sie auch merken, wie die Polizei mit kleinen, aggressiven Dingen doch die Menschen so wütend machen kann, die da einfach rumstehen, dass es dann natürlich auch zu größeren Sachen kommt. Deswegen schildere ich das, was vielleicht für Sie eine Lappalie ist.

Jedenfalls schmissen dann alle, die da rumstanden, die Stühle Richtung Polizei. Polizei ging weg, ja, weg, und der junge Mann wurde wohl an irgendeiner nächsten Ecke wieder freigelassen. Und ich habe dann erfahren, dass an diesem Abend wohl häufig solche Veranstaltungen waren. Der junge Mann war ein Journalist, der online für eine bekannte Nachrichtenorganisation tätig ist. Er wollte gern irgendwie dann Beweise haben, aber leider haben wir vor lauter Aufregung diese Szene nicht filmen können. Das war für mich ein Beispiel, wie mit Pressefreiheit hier umgegangen wird.

Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht, das ist ja das andere noch, was ja auch an diesem Tag oder an diesen Tagen ganz massiv behindert wurde. Und ich stehe jetzt hier, um einfach zu sagen, das, was wir hier erlebt haben, was automatisch, wie Sie bei mir auch gesehen haben, tiefe Emotionen hinterlassen hat, das kann einfach nicht ungeschehen bleiben. Ich fordere auf, dass die wirklich Verantwortlichen, die im März schon wussten, es könnte Tote geben, ja, im März schon, und das auch gesagt haben, dass die zur Verantwortung gezogen werden und nicht die Menschen wie ich und meine Kinder, die mittlerweile erwachsen sind und bei den Demonstrationen auch dabei waren, die ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit in Anspruch nehmen wollten, dass die plötzlich die Straftäter sind. Und aus diesem Grunde stehe ich hier.

Zum Schluss noch, das hat mir jetzt echt viel zu lange gedauert, dass Sie uns Bürger endlich einmal fragen. Und warum werden wir nicht ins Rathaus eingeladen? Ist mir völlig unklar. Auch im Rathaus ist ein großer Saal. Ist das jetzt hier so eine kulturelle Veranstaltung, die von Ihnen abgehakt wird in der Kulturkirche Altona? Davor habe ich Angst, dass es keine Konsequenzen hat. Tun Sie was und nehmen Sie meine Wort ernst. Ich bin mittlerweile 63 Jahre alt und lebe ganz lange in dieser Stadt, habe jetzt bei einem persönlichen Unfall mir einen Bruch zugezogen und ich muss sagen, es schmerzt. Und so viele junge Menschen wurden verletzt und die haben diese Schmerzen, die ich jetzt auch einmal spüren darf, und die tun mir alle verdammt Leid. Und die bekommen keine Entschädigung oder nichts, die haben ihren Kopf hingehalten.

So, jetzt aber der allerletzte Satz, der allerletzte Satz, also, was ich gehört habe von meinen jüngeren, also jugendlichen Kindern ist, dass viele, viele Jugendliche zwischen 20 und 30 Angst bekommen haben, jetzt Angst bekommen haben, auf Demonstrationen zu gehen. Wenn das gewollt ist in dieser Stadt, dass wir Angst haben, unsere Meinung zu bekunden, dann, ja, dann haben Sie alles dazu getan.

Vorsitzender: Frau Hartmann, wir haben diesen Ort ausgewählt, weil wir eben nicht wollten, dass die Menschen zu uns kommen müssen, sondern dass wir zu den Menschen kommen. Das ist der Hintergrund gewesen, sonst hätten wir natürlich auch im Rathaus die Veranstal-

tung machen können. Das ist aber der Grund gewesen, warum wir uns dazu entschlossen haben, hierher zu kommen. Die weiteren Sitzungen des Sonderausschusses im Rathaus sind natürlich öffentlich und werden auch von Bürgerinnen und Bürgern besucht, allerdings nicht so viele, wie heute hier sind, das muss man auch dazu sagen. Herr Bühler bitte.

Axel Bühler: Ich will noch einmal ...

(Zuruf: Wenn ihr so was wollt,...)

Ich möchte das Statement von vorhin noch einmal durch ein persönliches Statement ergänzen. Ich habe mich gefragt, wo ist mein Platz, wenn G20 in der Stadt stattfindet. Und ich habe mich am Sonntagabend entschieden, dass er zum Beispiel in Entenwerder ist. Ich war dann mitten in der Parkkräumung drin, in der Campräumung. Das war meiner Wahrnehmung nach ein illegitimer, illegaler Polizeieinsatz, völlig unverhältnismäßig. Das Bonner oder Berliner Auto, der dicke Audi, stand um die Ecke, ich weiß nicht genau, wer da welchen Einsatz wem befohlen hat. Aus meiner Sicht war das dann der Beginn der heißen Phase der Demonstrationen. Und das hat sich weiter durchgezogen, dass ich für mich entschieden habe, ich bin auf Seite der Demonstranten, weil das der Platz ist, den ich in Hamburg einnehmen musste, wenn mir der Rechtsstaat was bedeutet.

Ich habe damit bewusst mich mit meiner Person gegen eine Polizeistrategie gestellt, die exakt eine solche Präsenz verhindern wollte. Und das ist auch der Punkt, auf den ich hinauswill, ich glaube, dass das ... also mir läge sehr viel daran, wenn über den Ausschuss, und das mag eine vergebliche Hoffnung sein, tatsächlich noch einmal zum Thema wird, dass eine Polizeistrategie wie die, die ich bei G20 gesehen habe, sich mit einer Stadt wie Hamburg nicht verträgt. Ich möchte so was hier nie wieder sehen.

Und die Polizisten, die am Freitagmorgen vielleicht in Altona hätten sein können, wenn sie verfügbar gewesen wären, waren Freitagmorgen in der Stresemannstraße und am Holstenkamp, um die Demonstranten festzusetzen, die erklärtermaßen gewaltfrei aufgebrochen waren, um die Transportstrecken zu blockieren. Beide Gruppen waren von der Polizei verhältnismäßig brutal angefasst worden am Freitagmorgen, das war sehr gut zu sehen. Die Polizei hat sich ihre Ziele ausgesucht. Wieder hat die Polizei Entscheidungen getroffen und wieder waren sie falsch an dem Morgen.

Das heißt, es ergibt sich ein Gesamtbild in der Polizeistrategie von der Eskalation über die Entscheidungen, wer geschützt wird, die klare Priorität des Schutzes der Transportstrecken gegenüber dem Schutz der Bevölkerung, das gibt ein Gesamtbild von Polizeistrategie, wo ich in der Diskussion mit einem Freund mit der Frage konfrontiert war, gab es da eine Verschwörung, weil das alles einfach zu gut schiefgegangen ist und hinterher man auch noch klasse den politischen Gegner dann einmal so richtig fertigmachen konnte, nämlich das, was links steht.

Und ich finde viel bestürzender, dass ich gar nicht an die Verschwörung glaube, sondern dass ich den Konsens im Polizeiapparat gesehen habe. Die haben das alle richtig gefunden, was da passiert ist. Das macht mir ernsthaft Sorgen, dass der stille Konsens, der klare Konsens, das war kein stiller mehr, von der Polizeieinsatzleitung, von der dezentralen Polizeieinsatzführung bis hin in die politische Führung der Stadt war, dass dieser Einsatz in der Schärfe, in der Härte an den Grenzen des Rechtsstaates entlang und teilweise überschritten Ich finde, der Gipfel des Versagens ist, ein Sondereinsatzkommando in die Schanze zu schicken. Also alleine, dass ein Sondereinsatzkommando, das zur Terrorabwehr dient, in ein Wohngebiet zu schicken, ist ein solches Versagen des Rechtsstaates, dass ich mir gar nicht vorstellen kann, warum immer noch, und da komme ich zurück zur Verantwortung, die Men-

schen, die das entschieden haben, in Amt und Würden sind und nichts, aber auch gar nichts passiert, dass sich das ändert.

Vorsitzender: Herr Björn Jensen, war heute auch schon einmal dran, der hat noch das Wort. Danach hat sich jemand als G20-Aktivistin angemeldet.

Björn Jensen: Ja, ich möchte einmal versuchen, so ein bisschen zusammenzufassen. Also es hat ja im Vorwege zu G20 schon in der Mainstreampresse das gegeben, Tausende von gewaltbereiten Demonstranten auf dem Weg nach Hamburg, um uns in Schutt und Asche zu legen. Dann die Sachen, die jetzt hier zur Sprache gekommen sind, so gut wie aber auch nicht in der Presse aufgetaucht sind, im Gegenteil, es wurde also immer wieder gesagt, nein, keine Verfehlungen, keine Gewalt von Polizeibeamten. Dann frage ich mich, wenn doch der SEK-Einsatz darauf gefußt hat, dass gesagt worden ist, Leib und Leben wären aufgrund von Gehwegplatten, Molotov-Cocktails auf Tausenden von Dächern der Grund, warum diese SEK-Einheit da reingeschickt wurde, und warum man zunächst nicht ins Schanzenviertel rein ist und dort was gegen die Ausschreitungen getan hat, die ganze Zeit bis zu fünf Hubschrauber über der ganzen Kiste geflogen sind und die haben nicht einmal nach unten geguckt, auf die Dächer, um festzustellen, weil, man hat ja nichts gefunden, dass das Zeug da gar nicht liegt?

So. Und jetzt die Frage in der Nachbearbeitung auch und der Zeit oder was halt über die Presse gelaufen ist in den öffentlichen Berichterstattungen. Hier wurde das zur Sprache gebracht, dass Menschen, die überhaupt nicht bei den Demonstrationen waren oder das beobachtet haben, sich aber eine Meinung gebildet haben, hervorgerufen durch die öffentliche Berichterstattung. Und ist es nicht seltsam, dass genau diese Ausschreitung als Grund dafür genommen werden, dass unsere Polizeigesetze verschärft werden sollen, siehe unter Bayern, siehe unter Seehofer, der sogar möchte, dass das Ganze auf Bundesebene durchgezogen wird, Gefährder und all solche Sachen? Kann es sein – ich möchte nicht an eine Verschwörung glauben –, aber kann es sein, dass das gewollt ist, dass also auch das gewollt war? Weiß ich doch.

Also die Frage an den Ausschuss, warum hat nicht eine einzige Hubschrauberbesatzung nach unten geguckt, um auf die Dächer zu luschnern, um zu gucken, Teufel eins, da ist ja gar nichts, wir brauchen das SEK gar nicht.

Vorsitzender: Ich habe hier eine Wortmeldung mit G20-Aktivistin. Und es wäre die Frage, ob Sie so nett sind, uns Ihren Namen nennen.

G20-Aktivistin: Ich glaube, das ist irrelevant. Ich habe friedlich gegen G20 demonstriert.

Vorsitzender: Ich finde das persönlich schade, aber bitte, Sie sind dran.

G20-Aktivistin: Ich habe sowieso eine sehr kurze Meldung, Herr Pein. So. Ich zitiere Nana Frombach, die Oberstaatsanwältin: "Die Hamburger Staatsanwaltschaft sieht keinen Grund für Ermittlungen gegen verdeckte Polizeiermittler bei der linksautonomen Demo Welcome to Hell." In dem Zusammenhang wollen wir, dass folgende politische Fragen beantwortet werden: Warum gilt das Vermummungsverbot für Polizisten nicht? Da das Vermummungsverbot ein Teil des Versammlungsgesetzes ist, bedeutet es, dass andere Paragraphen des Versammlungsgesetzes für Polizeibeamten auch nicht gelten. Sollen wir ...

(Zuruf)

Sollen wir weiter mit solchen Aktionen der Polizeibeamten rechnen? Wir wollen auch wissen, ob es da eine normalisierte Praxis in der Bundespolizei ist. Und gibt es eine rechtliche Grenze für Polizeistrategien überhaupt? – Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Lisa Gniech. Und danach habe ich eine Wortmeldung mit Anwohner Eimsbüttel.

Anwohner Eimsbüttel: Hallo, guten Abend. Ich wohne in Eimsbüttel und ich habe eine ...

Vorsitzender: Entschuldigung. Sind Sie ... Frau Lisa Gniech ist dran. Denn danach ...

Anwohner Eimsbüttel: Sie haben gerade gesagt, Anwohner Eimsbüttel, das bin ich.

Vorsitzender: Ich habe zuerst gesagt, Frau Lisa Gniech und danach Anwohner Eimsbüttel.

Anwohner Eimsbüttel: Wollen wir tauschen? Wir tauschen einfach. Ich habe eine konkrete Frage an den Polizeipräsidenten Herrn Meyer. Ich weiß nicht, ob er dort sitzt.

(Zuruf: Ja!)

Ich muss dazu etwas zitieren, und zwar ein Interview, das Sie dem NDR gegeben haben im Nachgang des 7. Juli 2017. Der NDR schreibt: "Die Polizei zeigt sich jedoch ein wenig überrascht davon." Gemeint sind die Ausschreitungen in der Sternschanze. "Sie hätten Hinweise gehabt, dass die Randalierer eher andere wohlhabendere Stadtteile im Ziel hatten. Man geht mit Wahrscheinlichkeiten vor und orientiert daran auch die Kräfte, erklärt Polizeipräsident Meyer." Und deswegen war auch klar, dass man keine Kräfte in die Schanze zieht. Herr Meyer, es war klar, dass man keine Kräfte in die Schanze zieht. Ich frage Sie, in welchem Zauberwald leben Sie?

Sie hatten vor, wohlhabendere Bezirke in der Stadt Hamburg zu schützen, offensichtlich. Da muss ich Ihnen als Zitat vorlesen, und zwar von der Polizei Hamburg: "Am 7. Juli 2017 kam es zwischen 7.20 Uhr und 8.30 Uhr im Bereich Elbchaussee zu schweren Straftaten wie Brandstiftung, schweren Landfriedensbruch und einem gefährlichen Eingriff in den Luftverkehr. Tatbeteiligt war eine Gruppe von circa 220 Personen." Wo war die Polizei an diesem Morgen? Können Sie mir erklären, wie es sein kann, dass circa eine Stunde lang 200 Personen in Ruhe über die Elbchaussee schlendern, Autos anzünden, in die Nebenstraßen ausweichen, über den Bahnhof Altona zuvor übers Rathaus Altona dort Scheiben einschmeißen im Rathaus, an der Wohnung, an der Privatwohnung von Olaf Scholz keine 70 Meter entfernt von der Max-Brauer-Allee bis hin zur Bundespolizei laufen, die Bundespolizei angreifen, dann weiter zu IKEA laufen, dort IKEA versuchen anzuzünden, und die ganze Zeit sieht die Polizei zu mit dem Polizeihubschrauber und es kommen keine Einsatzkräfte? Können Sie mir das erklären, wie das funktioniert so was? – Danke.

Vorsitzender: Frau Lisa Gniech bitte und danach ... Also Frau Lisa Gniech. Jetzt einen Augenblick, Frau Gniech. Ich sage, Frau Kampmann hat sich danach gemeldet.

Lisa Gniech: Mein Name ist Lisa. Ich bin Anwohnerin Lippmannstraße, bin bewusst nicht weggefahren trotz Kindern, weil, Protest ist gut, das ist in Ordnung. Und ich hätte mir allerdings gewünscht, wenn man dieses Gruselkabinett G20 schon Nähe Schanze veranstaltet, was ja eine Provokation an sich ist, dass man die Kinder vorbereitet und ganz besonders das Ganze auch mit den Kindern nachbereitet ... Also nach dem Aufräumen am Sonntag, wo die Kinder alle saubergemacht haben, sollte am Montag das normale Leben wieder losgehen, nachdem die Kinder ja aus Kindersicht kriegsähnliche Zustände drei Tage und Nächte lang erlebt hatten. Und es geht ja um mindestens Hunderte, wenn nicht Tausende Kinder, die nicht mehr herausgekommen sind aus dem Schanzenviertel.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Kampmann bitte.

Frau Kampmann: Guten Tag, ich bin Anwohnerin St. Pauli und mich würde nur einmal interessieren, wie denn weiter mit all diesen Fragen umgegangen wird. Also erhalten wir irgendwann Antwort darauf? Gibt es eine Folgeveranstaltung, Bürgerforum?

Vorsitzender: Frau Kampmann, das war auch die letzte Wortmeldung. Deswegen werden wir jetzt gleich dazu übergehen, dass Senat und die Fraktionen noch einmal etwas sagen, und dann ist die Veranstaltung für heute beendet an der Stelle. Geplant ist, dass all das, was heute besprochen worden ist, in diese Beratungen einfließt. Ganz viele Sachen, die heute angesprochen sind, sind natürlich schon Gegenstand der Beratungen gewesen. Ich kann nur diejenigen bitten, das in den Wortprotokollen noch einmal im Einzelnen nachzulesen, was dazu beraten worden ist. Es wird sich auch alles in dem Abschlussbericht natürlich wiederfinden. Und natürlich bleiben wir über den Sonderausschuss hinaus in einem Dialog miteinander in der Stadtgesellschaft und vor Ort. Insofern wird diese Veranstaltung nicht einfach der Endpunkt sein an der Stelle.

Und jetzt hat zuletzt dann noch ein Herr Jan Schäfer noch eine Meldung hereingegeben und dann wären wir an der Stelle mit den Wortmeldungen durch. Herr Schäfer bitte.

Jan Schäfer: Ich hatte jetzt nun noch einmal ein bisschen Zeit, mich zu sammeln, um das Ganze noch einmal so kurz auf Papier zu bringen.

(Zuruf: Dichter ans Mikro!)

Was mir bei der ganzen Sache ein bisschen fehlt, grundsätzlich, die Polizei ist nicht nur (...) Akteur. Die Polizei ist Partei in dem Prozess. Und deswegen sind so Verlautbarungen der Polizei halt einfach mit Vorsicht zu genießen. Grundrechte sind Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat. Und wenn ich so eine Veranstaltung wie G20 mache, dann muss ich auch entsprechend die Demonstrationen zulassen und ich kann mir direkt ein Kreuzfahrtschiff mieten, wird im Übrigen günstiger.

So. Dann, ich habe keine Ahnung, wer von Ihnen vom G20 live irgendwas mitbekommen hat, wer jetzt seine Informationen nur über die Medien bezieht, per Videos, per Bildern, wer in der Schanze vielleicht einmal unterwegs war, aber wenn ich einen Herrn Dudde, der vorher schon rechtskräftig verurteilt wurde, weil seine Handlung, seine Polizeistrategie mehrfach rechtswidrig war, zum Gesamteinsatzleiter mache, dann untergräbt das auch mein Vertrauen in den Rechtsstaat, und ich halte eine Polizei grundsätzlich für wichtig für das Funktionieren eines Rechtsstaates, aber man sollte Sachen halt entsprechend angehen. Und beispielsweise beim Schanzenfest hat es lange geknallt jedes Jahr oder am 1. Mai. Es hat erst aufgehört, als die Polizei eine klarere Strategie der Deeskalation gefahren hat, und dann hat sich das Ganze sehr schnell sehr entspannt verlaufen.

Die Strategie, die die Polizei beim G20 gefahren hat, war auf maximale Eskalation ausgelegt. Man hat versucht, am Donnerstag mit aller Macht auf die Welcome-to-Hell-Demo draufzuschlagen. Man hat vorher schon jegliche Camps versucht zu verbieten, jeden legitimen Protestversuch zu verbieten, und als das Ganze dann am Donnerstag nicht funktioniert hat, hat man statt der großen Welcome-to-Hell-Demo, die man im Übrigen ohne Auflagen laufen lassen sollte ... Und jeder, der in Hamburg einmal an irgendeiner auch nur ansatzweise legitimen linken Demo teilgenommen hat, weiß, dass es nie eine Demo ohne Auflagen gibt, was für mich im Umkehrschluss heißt, die Demo sollte gar nicht erst loslaufen. Bei anderen Demos wird die Länge der Seitenbänder, der Seitentransparente reglementiert, und bei einer Demo, wo gesagt wird, es sind 8 000 gewaltbereite Leute drin, gibt es keine Auflagen. Gut. Aber man hat mit aller Macht in diese Demo hineingeschlagen und hatte plötzlich, als das nicht funktioniert hat, statt einer großen Demo viele Kleingruppen im Viertel plus zwei andere Demos, die sich formiert haben, und hat damit schon die Polizeikräfte überreizt am Freitag. Nein, stimmt gar nicht, am Donnerstag. So.

Danach hat die Polizei alles, was friedlicher Protest war, angegriffen mit Wasserwerfern, hat einfach den Pferdemarkt geräumt, hat sich aber das einzige Mal, als sie dasein hätte

müssen, nicht in die Schanze getraut. Bei aller Liebe, die Polizei hat voll gepanzerte Fahrzeuge, hat Wasserwerfer, hat Räumpanzer, hat eine Ganzkörperpanzerung, und wenn ich mich dann nicht in die Schanze traue, weil ich sage, es ist zu gefährlich, ist das für mich ein ganz klares Armutszeugnis und ein Beleg für das Versagen der Polizeiführung. – Danke.

Vorsitzender: So. Es ist doch noch eine Wortmeldung hineingekommen. Jemand, der sagt, medizinisches Personal während G20. Bitte.

Medizinisches Personal während G20: Kann man mich hören?

Vorsitzender: Man kann Sie hören. Ich frage Sie auch, ob Sie uns noch Ihren Namen nennen wollen.

Medizinisches Personal während G20: Ich glaube, das ist nicht so wichtig. Näher ran? Okay. Im Grunde möchte ich den Sonderausschuss nur kurz fragen, wie kann es angehen, dass ein Wasserwerfer der Polizei Sanitätspersonal mit Treibstoff angreift, während dieser eine bewusstlose Person behandelt. Außen herum waren keine Personen, die Krawall geübt haben.

Des Weiteren möchte ich den Sonderausschuss und Herrn Dudde fragen, wie kann es sein, wenn Sanitätspersonal Leute im Hauseingang behandelt und eine Polizeieinheit vorbeijoggt, aus dieser gepfeffert wird auf Sanitätspersonal und Patient. Das Sanitätspersonal war klar erkennbar an roten Jacken, wie sie auch die Feuerwehr trägt. Der Vorfall beim Hauseingang fand zweimal statt.

Dann: Warum schlägt die Polizei einem Sanitäter so stark in die Bauchgrube, dass dieser selbst evakuiert werden musste, während Patienten evakuiert worden sind? Und warum bedroht die Polizei, die eigentlich dem Bürger dienen und schützen soll, Sanitätspersonal mit Kriegswaffen wie Sturmgewehren? Das sind meine Fragen, die ich gern geklärt haben möchte.

Vorsitzender: Bevor ich jetzt die Öffentliche Anhörung, diesen Teil beende – die Ausschusssitzung geht dann auch weiter –, dann möchte ich Ihnen noch sagen, dem letzten Redner, dass Sie keine Antworten natürlich auf die Fragen bekommen können, wenn Sie uns nicht sagen, wann diese Vorfälle konkret gewesen sind, wer Sie sind, wir uns nicht mit Ihnen in Verbindung setzen können. Das ist so. Aber Sie können das gern noch später auch gegenüber mir oder Frau Bai erklären, dass wir dann etwas mehr ... Wir können nur Sachen klären, deren Vorfälle wir auch kennen und die auch in irgendeiner Art und Weise aktenkundig sind.

Wir haben jetzt keine Wortmeldungen mehr. Das heißt, dass ich diesen Teil der Öffentlichen Anhörung beende. Die Fraktionen sind, wie ich dann das eingangs gesagt habe, übereingekommen, dass jetzt noch kurz der Senat und die Fraktionen die Gelegenheit zur Reaktion erhalten, und dann ist diese Ausschusssitzung an dieser Stelle beendet. Wie es weitergeht, habe ich Ihnen erläutert und stehe persönlich auch noch nach der Sitzung für Sie zur Verfügung. Herr Senator Grote bitte.

(Große Unruhe im Plenum, Pfiffe, Grote-raus-Rufe aus dem Publikum)

Wir unterbrechen die Sitzung für einen kurzen Augenblick.

Wir unterbrechen die Sitzung kurz, bis die Damen und Herren, die an den weiteren Ausschussberatungen nicht teilhaben möchten, gegangen sind.

(Sitzungsunterbrechung von 19.16 Uhr bis 19.18 Uhr)

Meine Damen und Herren! Ich habe die Sitzung nur kurz unterbrochen, bis diejenigen, die gehen wollen, gegangen sind und wir dann in Ruhe weiter beraten können. Ich bin mir

irgendwie nicht sicher, ob Sie mich gut verstehen. Die Akustik ist leider wirklich nicht so gut. Das ist so wie ein bisschen im großen Saal des Rathauses, haben wir auch manchmal das Problem.

Und dann will ich die Helfer bitten, dass sie die Tür vorn schließen, damit wir weiter fortsetzen, alles fortsetzen können. Danke. Herr Senator Grote bitte.

Senator Andy Grote: Vielen Dank. Die Ereignisse rund um den G20-Gipfel waren ja gravierend und einschneidend für unsere Stadt. Da sind viele Dinge passiert, die wir alle lieber gern nicht gesehen hätten, Dinge, die sehr stark spürbar nachwirken, die alle oder viele noch heute bewegen, wo viele Emotionen drin sind. Und ich glaube, es war wichtig – also ich bin jedenfalls sehr froh –, dass es die Gelegenheit gegeben hat heute, dass viele, die unmittelbar betroffen waren, die das hier aus einer Perspektive, weil sie hier vor Ort waren, miterlebt haben, uns das noch einmal mitgeben konnten. Ich habe hier viel mitgenommen. Ich gehe davon aus, dass die Abgeordneten auch viel mitgenommen haben. Es sind eine Menge Einzelfragen gestellt worden. Die werde ich jetzt in diesem Rahmen hier oder werden wir in diesem Rahmen jetzt hier nicht erschöpfend beantworten können.

Zum Teil sind die Dinge, zu denen gefragt wurde, schon sehr, sehr intensiv im Sonderausschuss beraten und behandelt worden. Es gibt dazu schon ganz viele Auskünfte, die auch einiges, glaube ich, von dem ein bisschen in ein anderes Licht rücken, was heute hier noch so das Bild geprägt hat. Den wichtigen Teil, was ist am Abend des Freitags in der Schanze am Schulterblatt passiert, haben wir ja unter Berücksichtigung dessen, was heute noch einmal gesagt wurde, dann in der nächsten Sitzung des Ausschusses.

Ich würde darüber hinaus auch anbieten, dass jede einzelne Frage, die in Richtung Senat geht, auch noch einmal, wenn sie an mein Büro oder direkt an mich, wie auch immer, per Mail oder auf welchem anderen Wege auch immer gestellt wird – ich bin gut erreichbar –, dass die Frage auch beantwortet wird und gern auch so hier nach Wunsch das auch öffentlich gemacht werden kann. Also wir werden keine Antwort schuldig bleiben, nicht nur im Sonderausschuss, sondern auch gegenüber allen, die hier ja auch sehr nachvollziehbare Fragen zum Teil haben.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns klar machen, dass an diesen Tagen sehr viel passiert ist auf sehr unterschiedlichen Ebenen, sehr komplex, sehr umfangreich, und dass, je nachdem, was man selbst erlebt hat, was man wahrgenommen hat, welchen Blick man auf die Dinge hat, sich auch ganz unterschiedliche Perspektiven und Wahrnehmungen ergeben und auch ganz unterschiedliche Deutungen ergeben. Und das ist eine der großen Herausforderungen, dass wir versuchen müssen – und dafür ist ja eigentlich, das ist ja auch der Auftrag des Sonderausschusses –, dass wir versuchen, das ein bisschen zusammenzubringen, dass wir den Sachverhalt aufklären, dass wir uns austauschen mit dem, wie wir das auch unterschiedlich wahrgenommen haben, dass wir versuchen herauszukriegen, was ist wirklich geschehen, warum ist es geschehen und was müssen wir tun, damit es nicht wieder passiert. Denn es ist ja schon erkennbar, dass da auch ein Stück weit, sag ich 'mal, sozialer gesellschaftlicher Friede in der Stadt kaputtgegangen ist, jedenfalls in Teilen der Stadt und in Teilen von Stadtgesellschaft, dass Vertrauen verlorengegangen in Polizei, in Stadt, in Sicherheitsbehörden, in Politik. Das ist schlecht. Das ist für uns alle schlecht. Daran müssen wir arbeiten, dass wir da ein Stück weit versuchen, wieder zueinander zu kommen. Und dazu gehört es, glaube ich, auch, dass wir das in großer Nachdenklichkeit und Ernsthaftigkeit auch führen jetzt, die Diskussion, und uns angucken, womit haben wir es da eigentlich zu tun. Und selbstverständlich muss dann auch ein Teil sein, dass jeder, alle Verant-, also alle, die teilgenommen haben, alle, die Teil der Ereignisse waren, auch ihre eigene Rolle und ihren eigenen Beitrag selbstkritisch

hinterfragen. Das gilt selbstverständlich auch für die Sicherheitsbehörden, gilt für die Polizei, gilt für die Politik, gilt für alle, die was zum Verlauf der Ereignisse oder auch zu dem, wie es nicht verlaufen ist, beigetragen haben.

Aber natürlich will ich dann schon sagen, dass für die Sicherheitsverantwortlichen, für die Sicherheitskräfte das selbstverständlich nicht das war, was wir uns vorgestellt haben. Das wollten wir nicht. Wir haben sehr daran gearbeitet, dass wir hier ein anderes, dass wir ein anderes Bild haben, dass eben tatsächlich der friedliche Protest das Bild neben dem eigentlichen Gipfelablauf, die zivilgesellschaftliche Aktion, die zivilgesellschaftliche Reaktion und der Umgang mit diesem Gipfel, dass das im Vordergrund steht. Und dafür hatten wir auch große Chancen, weil noch nie so stark bei einem G20-Gipfel Zivilgesellschaft aufgetreten ist, internationale Zivilgesellschaft aufgetreten ist und es noch nie so viel Aktionen, Aktivitäten, Alternativgipfel und eben auch jede Form des Protestes gegeben hat. Und das war (...) immer und ausdrücklich das Bekenntnis des Senats, dass dieser Protest, der friedliche Protest auch stattfinden sollte. Deswegen haben ja auch 149, glaube ich, Versammlungen stattgefunden, 148 davon friedlich.

Es haben fast alle Versammlungen, zum Teil nach langen Verhandlungen mit der Versammlungsbehörde, stattfinden können, zum Teil in verändertem Rahmen, aber es gibt auch sehr eindrucksvolle, sehr starke Bilder vom kreativen, vom friedlichen, vom sehr breiten Protest von sehr unterschiedlichen Formen. Das ist leider alles sehr stark überlagert von dem, was wir dann eben auch an Ausschreitungen gesehen haben. Das war aber nicht das Bild, das, glaube ich, irgendjemand, bis auf sehr wenige, sich vorher so vorgestellt hat.

So. Und natürlich ist es unser Anspruch gewesen – das will ich dann auch deutlich sagen –, dass es dazu, dass es zu diesen Ausschreitungen, zu dieser Gewalteskalation natürlich nicht kommen sollte. Und wir haben uns auch zugetraut, das zu verhindern, das zu vermeiden oder jedenfalls, wenn es auftritt, sehr wirkungsvoll dagegen vorzugehen. Und selbstverständlich ist es dann immer, immer das Selbstverständnis und der Anspruch der Hamburger Polizei, die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu schützen. Dafür steht jeder Polizist in dieser Stadt morgens auf. Dafür geht er zum Dienst. Dafür hat er sich ... Das ist eine Lebensentscheidung, in der Polizei zu arbeiten, und das tut man, wenn man für die Stadt, für die Menschen, für das Gemeinwohl arbeiten will, und für nichts anderes. Und alles andere zu unterstellen, ist eine Diffamierung des Polizeiberufs. Das darf man nicht tun bei aller Kritik, die man haben kann, und das muss ich, nachdem das ja auch in sehr deutlicher Form hier heute so gesagt wurde, muss ich das für die Polizei und für die Sicherheitsbehörden in Anspruch nehmen.

Nichtsdestotrotz sage ich auch ganz deutlich, das, was wir hier vorhatten, was unser Anspruch ist, ist uns an mehreren Stellen nicht gelungen. Es hat nicht funktioniert. Das, was wir vorhatten, hat nicht funktioniert. Mindestens an zwei Orten, an zwei Stellen am Freitagmorgen und am Freitagabend haben wir eine Entwicklung gesehen, eine Eskalation von Ausschreitungen gesehen, mit der wir nicht gut umgehen konnten, mit der wir nicht zurechtgekommen sind als Polizei. Und das ist etwas, dafür haben wir uns bereits mehrfach entschuldigt. Das ist nicht ... So wollen wir nicht auftreten in der Stadt. Das entspricht nicht dem, was unser Auftrag ist. Und das will ich auch gern hier heute Abend ausdrücklich noch einmal sagen.

Und dazu gehört natürlich auch ... Neben den eskalierten Situationen gehört auch dazu, dass insgesamt der Gipfel natürlich für die Menschen, gerade in den innerstädtischen Stadtteilen und gerade auch hier, mit Belastungen verbunden war, der mit Zumutungen verbunden war, die man eigentlich nicht zumuten kann. Wenn wir uns das heute ansehen, es sind viele Dinge angesprochen, von der Verkehrssituation bis zu der Hubschrauberthematik,

wo wir im Nachhinein sagen müssen, das sind Dinge, wenn wir, egal über was wir in Zukunft hier sprechen an Veranstaltungen und an Einsatzszenarien, wo wir den Anspruch haben müssen, dass wir das irgendwie anders machen müssen ... Deswegen sitzen wir auch im Sonderausschuss. Deswegen überlegen wir auch, wo sind Punkte, mit denen man anders umgehen kann, oder was muss man eigentlich tun, damit bestimmte Dinge anders verlaufen.

Und dann gehört dazu natürlich auch – das will ich auch sagen, weil das ja angesprochen wurde, mehrfach angesprochen wurde –, dass niemand in Anspruch nimmt, dass die Polizei keine Fehler gemacht hat und dass auch niemand sagt, dass kein Fehlverhalten und eben auch nicht die Frage von strafbarem Fehlverhalten durch Polizisten hier im Raum steht. Und selbstverständlich gehört das verfolgt. Einige der konkreten Vorfälle, die heute hier benannt worden sind, sind schon Gegenstand von Ermittlungen auch des Dezernats Interne Ermittlungen. Das Dezernat Interne Ermittlungen hat auf meinem Auftrag auch eine Sonderkommission gebildet, ist personell aufgestockt worden. Der Auftrag ist erweitert worden. Sie verfolgen nicht nur Anzeigen von Dritten. Sie verfolgen alles, was sie auf Videomaterial, auch durch Anzeigen von Kollegen und so weiter ... Alles, was sie dort erkennen können an strafbarem Vorwurf, wird verfolgt, und es wird auch darüber hinaus jedes weitere Fehlverhalten, also auch Dinge, wo es Vorwürfe gibt, die vielleicht nicht strafbar sind, aber warum ist die Polizei da so vorgegangen, warum ist sie an einer anderen Stelle so vorgegangen, diese Dinge werden dort vom Dezernat Interne Ermittlungen – das ist eine unabhängige in der Innenbehörde, nicht in der Polizei oder in der Staatsanwaltschaft angesiedelte Stelle, anders als in anderen Bundesländern –, und die untersuchen das ...

Wir haben, ich glaube, über 170 Ermittlungsverfahren auch gegen Polizeibeamte. Nach Abschluss der Ermittlungen gibt das Dezernat das ab an die Staatsanwaltschaft und dort wird damit umgegangen im normalen rechtsstaatlichen Verfahren. Und ich gehe davon aus, dass es auch Verhalten-..., und ich rechne damit, dass es auch Verhaltensweisen gegeben haben kann, die dann auch Straftatbestände erfüllen. Nur das ist Aufgabe einer unabhängigen Justiz, das zu klären. Und wenn ich einmal sagen darf, warum das zum Teil schwierig ist, dann ist es so, dass uns ganz häufig die Aussagen der Geschädigten fehlen. Und da ist mein Appell noch einmal sehr deutlich, wir haben heute ja auch Schilderungen gehört, was passiert ist, sofern das noch nicht anhängig ist bei uns ... Wir würden versuchen, auch jetzt die Beteiligten oder die Betroffenen hier auch noch einmal anzusprechen und sagen, haben Sie Erkenntnisse zu den Vorgängen, können Sie uns was dazu sagen, haben Sie Kontakt zum Geschädigten. Unser Anspruch ist, jedem einzelnen Vorwurf bestmöglich nachzugehen. Und wenn dann die, weil ich weiß, dass das dann häufig das Gegenargument ist, wenn es dann heißt, wenn ich mich melde als Geschädigter, da gibt es ja Gegenanzeigen, dann kann ich Ihnen sagen – und das finden Sie auch in der Antwort auf eine Große Anfrage, parlamentarische Anfrage der Fraktion DIE LINKE –, dann ist das nicht der Fall. Es gibt nicht dieses Phänomen, dass, wenn jemand eine Anzeige als Geschädigter gegen Polizisten stellt, dass er dann eine Gegenanzeige kriegt. Das stimmt nicht. Das stimmt nicht. Das ist eine Legende.

Und wenn Sie sich die einzelnen Verfahren angucken, mit denen wir es zu tun haben, werden Sie finden, dass das nicht zutrifft. Insofern ganz klar die Aufforderung, wenn Sie wollen, dass Straftaten von Polizisten verfolgt werden, melden Sie sich. Es hilft nichts, wenn das behauptet und vorgetragen wird. Wir müssen, wir brauchen die Mitwirkung der Geschädigten wie in jedem anderen Strafverfahren auch. Deswegen noch einmal die Bitte, melden Sie sich bei der D.I.E., dann gehen wir diesen Dingen auch nach.

Wenn Sie dann ... Und ich will nur jetzt von den Dingen, die aufgerufen wurden ... Das war jetzt einmal so die grundsätzliche Haltung, wie wir auch selbst mit unseren, mit den Themen,

die wir haben, selbstkritisch umgehen. Und wenn wir sagen, es gehört auch zu den Aufgaben, wieder Vertrauen aufzubauen und wieder ein bisschen mehr gesellschaftlichen Frieden herzustellen, dann verlangt das ein Gespräch. Und dann verlangt das Austausch und Ernsthaftigkeit. Und dann verlangt das auch, dass alle Beteiligten sich über ihre Verantwortung und ihren Beitrag Gedanken machen. Und dann will ich schon sagen, dass die Verantwortung für Gewalt ..., die Verantwortung für Gewalt tragen schon noch in erster Linie die, die Gewalt ausüben.

Und es gehört schon zur Wahrheit dazu, dass wir hier eben nicht nur friedliche Demonstranten hatten, sondern dass wir einen großen Teil, und die aktuelle Schätzung liegt nicht so weit entfernt von den 8 000, liegt irgendwo zwischen 6 000 und 7 000, tatsächlich hier, in Hamburg hatten, die eben über das hinaus, was wir sonst hier kennen, auch von anderen Veranstaltungen und Versammlungslagen kennen, in einem hohen Maße entschlossen waren, auch in eine sehr gewalttätige Konfrontation hineinzugehen und sehr militant unterwegs waren. Und damit hatten wir auch zu tun.

Und dann müssen wir uns, glaube ich, schon auch fragen, auf welches Umfeld sind die hier getroffen, haben sie Unterstützung gehabt oder ist man ihnen mit Distanz begegnet, und wie gehen wir im Nachhinein damit um.

Und der Hinweis zur Akzeptanz von Gewalt, wenn wir zum Beispiel darüber sprechen, dass ein Hubschrauberpilot mit einem Laserpointer geblendet wurde und ob das wohl gefährlich gewesen sein könnte oder nicht, solche, sage ich einmal, solche Äußerungen, auch wenn sie vielleicht nicht so gemeint waren, aber die das infrage stellen, ob das vielleicht gefährlich oder eine Straftat sein könnte, das ist auch ein Problem. Wir müssen auch mit Gewalt gegen Einsatzkräfte, gegen Polizei, insbesondere dieser Fall, der wirklich lebensgefährlich war, müssen wir dann auch bereit sein, kritisch umzugehen. Das gehört dann auch zu einem ehrlichen Umgang mit der Gesamtsituation dazu.

Und dann will ich noch einmal zwei Dinge ansprechen, weil Sie ja sagen, wieso ist die Polizei nicht anders mit der Situation, als sie dann da war, umgegangen, was haben wir denn erwartet und was haben wir nicht erwartet. Natürlich ist erwartet worden, dass es auch militanten gewalttätigen Protest gibt, dass es Ausschreitungen geben würde. Wir haben immer gesagt, das, was wir so erwarten, ist das, was wir im Dezember 2013 erlebt haben. Das war auch nicht ganz ohne, so. Und darauf hat man sich vorbereitet. Im Übrigen ist es nicht so, dass jeder G20-Gipfel automatisch zu großen Ausschreitungen führt. Fast alle, also, ich glaube sogar, alle Gipfel sind unterhalb des Niveaus von Ausschreitungen aller G20-Gipfel geblieben, was wir hier in Hamburg erlebt haben. Insofern war das kein Automatismus. Das war kein Automatismus, sondern wir hatten eine Lage, die sich nach und nach aufgebaut hat und die dann sozusagen in einer noch einmal nicht erwarteten Steigerung sich so dargestellt hat, wie wir es hier erlebt haben.

Und zu den Dingen, die wir nicht erwartet haben, und das will ich dann auch sagen, zu den beiden Dingen, die wir nicht erwartet haben, die hier vielfach angesprochen wurden, gehörte das, was wir in der Elbchaussee am frühen Freitagmorgen erlebt haben, und das, was am Freitagabend in der Schanze war. Ich will nicht allzu viel dazu sagen. Der Freitagmorgen ist im Sonderausschuss in der letzten Sitzung über viele Stunden minutiös nachbereitet worden und ich glaube, wenn man sich das ansieht und wenn man sich das angesehen hat, wenn man das im Wortprotokoll liest, bekommt man ein anderes Verständnis davon. Wir haben es jedenfalls in der Kurzversion mit einer lange, lange vorbereiteten, und zwar hochprofessionell, minutiös, sehr kleinteilig vorbereiteten, mit lokaler Unterstützung aus Hamburg vorbereiteten Kommandoaktion zu tun, die mit hoher Militanz, fast paramilitärisch in nur 19 Minuten diese Spur der Verwüstung da durch Altona gezogen hat und in der Stärke von

220 Personen in dieser Konstellation mit der Gewaltbereitschaft in der Form so noch nicht aufgetreten ist in Deutschland. Das ist etwas, worauf wir dann mit der polizeilichen Aufstellung nicht reagieren konnten in der Zeit, nicht, weil wir die Wohnquartiere vernachlässigt hätten, sondern weil wir mit diesem massiven Angriff im Kontext eines politischen Protestes, mit dem massiven Angriff auf völlig unbeteiligte Wohnviertel nicht gerechnet haben. Das ist außerhalb des Aktionskonsenses der gesamten Dramaturgie des Protestes gewesen, das gehörte überhaupt nicht zu dem, was man irgendwie noch im Kontext von Anti-G20 auch rechtfertigen kann. Ich habe mich sehr gewundert über das, was man jetzt auf Indymedia lesen kann, dass das ja irgendwie auch ein legitimer Teil von Protest war. Das ist etwas, was wir in unserer Stadt und in Wahrheit in Deutschland in dieser Form so noch nicht erlebt haben. Deswegen waren wir darauf nicht vorbereitet. Es wäre gut, wenn das in Zukunft bei allem, was man an Protest wichtig findet, wenn wir wenigstens da den Konsens herbeiführen könnten, dass das kein legitimer Teil von Protest ist.

Und wir haben abends in der Schanze eine Situation gehabt, von der viele von Ihnen betroffen waren, und mit der wir in der nächsten Sonderausschuss... sehr ernsthaft umgehen müssen. Ich will dazu nur wenig sagen. Diese Situation war für alle Beteiligten, für Sie mit Sicherheit ohnehin, und das kann auch keiner von uns nachfühlen, was Sie da erlebt haben, aber auch natürlich für Einsatzkräfte und für alle, die der Sicherheit in dieser Stadt und der Sicherheit der Menschen verpflichtet sind, und zwar völlig egal, ob das im Schulterblatt oder in Poppenbüttel oder sonst wo ist, gleichermaßen verpflichtet sind, für viele war das der schlimmste Moment ihrer gesamten beruflichen Laufbahn. Als Polizei dort zu sein, zu wissen, dass Menschen Hilfe brauchen, dass wir erwartet werden, dass es dringend jetzt des Einsatzes und des Eingreifens bedarf, und es nicht zu können, ist das Schlimmste, was einem Polizisten passieren kann.

Und da will ich ein, zwei Worte dazu sagen, warum haben wir das nicht erwartet, was das nicht klar, dass so was in der Schanze passiert. Da will ich schon sagen, nein, das war nicht klar, weil es ja, und das ist ja angesprochen worden, weil wir schon lange in der Schanze keine ernsthaften massiven gewalttätigen Ausschreitungen mehr hatten, weil eben über die Jahre, egal ob wir über den 1. Mai sprechen, ob wir über das Schanzfest sprechen, wir eine rückläufige Tendenz von Gewalt im Viertel gehabt haben und es auch vonseiten vieler Beteiligten, die sozusagen sehr offen sind für verschiedene Protestformen, eigentlich den Konsens gab, nicht im Viertel in dieser Form Ausschreitungen zu eskalieren. Und das hat natürlich was damit zu tun, dass auch die sehr kritische linke Szene darauf angewiesen ist, im Schanzenviertel auf Akzeptanz und auf Unterstützung weiterhin zu treffen, es hat was damit zu tun, dass es auch vonseiten der Anwohnerinnen und Anwohner zunehmend weniger Verständnis dafür gegeben hat, was dort in einer gewissen ritualisierten Form abgelaufen ist, dass es immer mehr Beteiligte gab, die gar keine politischen Motive hatten, und es eigentlich deswegen auch in der ganzen Dramaturgie der Gipfelproteste überhaupt nicht vorgesehen war und nicht plausibel ist, nun gerade dort eine Auseinandersetzung zu suchen, dort, wo es einen selbst, und natürlich gibt es die Identifizierung der Szene mit dem Viertel, dort, wo es, in Anführungszeichen, einen selbst betrifft. Und wir hatten auch das, was wir ..., nicht nur, dass es dort überhaupt zu solchen Ausschreitungen kommt, sondern auch dann die Qualität. Und wir werden das ja am 14. Juni dann wirklich in den einzelnen Ausprägungen noch uns sehr genau auch angucken. In dieser Qualität mit all dem, was wir an Schilderungen hatten, und es ist nicht so, dass man sich das auf dem Dach irgendwie ausgedacht hat, sondern natürlich gibt es Videomaterial, natürlich gibt es Beweislagen, natürlich gibt es Schilderungen auch von Anwohnern, die angerufen haben und sagen, hier wird Wurfmaterial auf die Dächer geschafft, hier wird das und das vorbereitet. So, und diese ...

(Zuruf: Wo sind die Beweise?)

– Ja, Sie werden ..., Sie können das alles von Zeugenaussagen ... Die wichtigsten Beweise im Strafverfahren sind Zeugenaussagen, sind Videoaufnahmen, all das gibt es. Und dass Sie dann am nächsten Tag nicht mehr den Stein mit den Fingerabdrücken dran finden, das ist jetzt auch nicht so ungewöhnlich. Insofern, das wird aber alles ja auch noch im Einzelnen aufbereitet.

(Zuruf: Ja, ja.)

Jedenfalls, wir konnten ... Nach allem, was wir wissen, gab es eine plausible und valide Einschätzung der Einsatzkräfte in der Lage, dass es mit Gefahren für Leib und Leben verbunden ist, jetzt ohne Weiteres dort so reinzugehen. Das war keine Situation, wie man sie mit anderen Ereignissen im Laufe des Gipfels oder zu früheren Zeiten vergleichen kann. Nichtsdestotrotz war das eine Situation, von der wir sagen, wir können sehr, sehr gut nachvollziehen, dass es ein praktisch unaushaltbares Gefühl war, den Notruf, und zwar für beide Seiten, anzurufen, es kommt keine Polizei, und auf der anderen Seite den Anruf zu kriegen und nicht reingehen zu können.

Ein letztes Wort noch einmal zum Thema Eskalation und wie war die Polizei da aufgestellt und ist das etwas, was man irgendwie riskiert hat. Ganz deutlich, ich verstehe, dass man polizeiliches Verhalten, wenn man es aus einer bestimmten Perspektive wahrnimmt, dass man auch Eindrücke haben kann, wo man sagt, ich verstehe das nicht, ich kann das nicht unterbringen in meinem Bild von Polizei und da muss doch irgendwie etwas anderes dahinterstecken. Und deswegen ist es wichtig, dass man über diese sehr vielen sehr unterschiedlichen Einsatzsituationen gut spricht und sie einzeln bespricht und, wie gesagt, alles, was wir als Mail oder als konkrete Nachfrage kriegen, damit gehen wir auch um und da kriegt auch jeder eine Antwort drauf. Und im Sonderausschuss sowieso auch. Wir besprechen da zum Teil genau diese einzelnen Situationen. Aber dass die Polizei, deren oberstes Ziel es natürlich war, dass wir einen möglichst friedlichen Gipfel, sicheren Gipfel, ruhigen Gipfel, das haben wir angekündigt, das ist unsere Aufgabe, das hinzukriegen. Dass es von dort kein Interesse an einer Eskalation gibt, ist, glaube ich, nachvollziehbar. Und wenn man sagt, wir haben doch andere Polizeieinsätze erlebt, die deeskalierender waren, die Jahre zuvor in der Schanze beim, es war ja ein Wortbeitrag, beim 1. Mai, beim Schanzenfest, da hat doch die Polizei gezeigt, dass sie auch deeskalativ unterwegs sein kann. Will ich einmal ganz deutlich sagen, das ist dieselbe Polizei, die Einsatzführung, das ist derselbe Hartmut Dudde, der das eine und das andere als Linie mit, sozusagen wie die gesamte Polizeiführung dann auch, dort vertritt, und es gibt keine eskalative oder deeskalative Strategie, sondern es gibt immer das Ziel, mit der Situation bestmöglich umzugehen. Und wenn man die Erwartung haben kann, dass ein bestimmtes Verhalten eher dazu führt, dass die Dinge sich positiv entwickeln, dann verhält man sich so. Und wenn man jetzt heute hört, es wäre doch eigentlich naheliegender gewesen, weil man weiß, in der Schanze passiert ja praktisch immer was, dass man sich mit einer massiven Polizeipräsenz in die Schanze stellt und sozusagen von vornherein verhindert, dass irgendwie so was passieren kann, dann kann ich nur sagen, die gesamte Erwartung und die ganze Erfahrung und Einschätzung der Polizeikräfte wäre gewesen, wenn man präventiv von Anfang an, und es ist ja zum Teil das Stichwort hier, Besetzung des Viertels und so weiter, auch genannt worden, wenn man von Anfang an sehr präsent, sehr massiv da gewesen wäre, dann war die klare Einschätzung, dann zieht man alles, was es an Willen zur Konfrontation mit der Polizei gibt und alles an Auseinandersetzung und allen Konflikte zieht man in dieses Viertel. Deswegen ist das bewusst nicht getan worden, sondern man hat erst, als die klare Einschätzung war, jetzt geht es nicht anders, gab es die Entscheidung, wir gehen da rein. Und dann konnte man nicht, sondern es hat dann lange gedauert, quälend lange gedauert und für alle hochproblematisch auszuhalten gedauert, bis es dann ging. Aber die Haltung und die Position der Polizei war darauf angelegt, dass wir die Sache so friedlich

wie möglich hier hinbekommen. Das hat an verschiedenen Stellen nicht funktioniert und es gehört sich so, dass wir alle gemeinsam gucken, wie kriegt man das bei anderen Gelegenheiten anders hin. – Vielen Dank.

(Zurufe)

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Friederichs, bitte. ...

(Zurufe)

... Ja. Frau Friederichs, bitte.

Senator Andy Grote: Vielleicht noch eine kurze Ergänzung, weil die Polizei auch vielfach direkt einen durch den Polizeipräsidenten, das ist vielleicht auch ...

(Zurufe)

... Oder? Nicht?

Vorsitzender: Frau Friederichs hat jetzt das Wort.

Abg. Martina Friederichs: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich ...

(Zurufe)

Vorsitzender: Ich muss die Damen und Herren im Publikum bitten, einfach jetzt noch zuzuhören, wie wir auch Ihnen zugehört haben. – Danke. Ja. Frau Friederichs, bitte.

Abg. Martina Friederichs: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihr Kommen heute und dass Sie die Gelegenheit genutzt haben, uns Ihre Standpunkte, Schilderungen und wirklich eindringlichen Erfahrungen zu teilen. Viele Sachen haben mich wirklich sehr, sehr bewegt. Der Sonderausschuss hat sich schon zu Beginn der Konstituierung diese öffentliche Anhörung vorgenommen im Stadtteil, in der Nähe der Schanze, und ich kann verstehen, dass es sehr unbefriedigend ist, dass Sie so lange darauf warten mussten. Nach der chronologischen Aufarbeitung sind wir jetzt aktuell im Geschehen während des Gipfels und Ihre Hinweise und Anregungen sind wirklich sehr, sehr hilfreich für unsere weitere Arbeit. Und weder für Sie noch für uns sind alle Fragen geklärt.

Trotz der längeren Befassung mit dem Thema muss ich sagen, für mich, und das geht sicherlich vielen anderen so, dass heute noch einmal viele neue Aspekte und Eindrücke gewonnen werden konnten, gerade zu den furchtbaren Geschehnissen während der gewalttätigen Ausschreitungen vom 7. auf den 8. Juli 2017. Und ich bin froh, dass dieser Termin hier heute in der Nähe der Schanze mit dem Fokus auf Ihre Erfahrungen als Betroffene stattfinden konnte.

Ihre Anregungen und Informationen, auch insbesondere Ihre Fragen, das hatten ja viele geäußert, dass sie wissen möchten, wie wir damit umgehen, nehmen wir, nehme ich weiter in die weitere Ausschussarbeit, denn es geht uns ja darum zu schauen, das ist auch das Ziel des Sonderausschusses, dass solche Geschehnisse nicht mehr vorkommen dürfen, vorkommen können in unser aller Stadt. Und es geht auch darum zu schauen, welche Konsequenzen wir ziehen können, und da sind Ihre Hinweise sehr, sehr wichtig und wir können unser Bild vervollkommen.

Im Weiteren werden wir noch die Möglichkeit haben, in den nächsten Sitzungen des Sonderausschusses den Senat und insbesondere auch Experten zu den Gewaltausschreitungen zu befragen und hier können wir in die Schlussberatungen ebenfalls Ihre Anmerkungen einbringen.

Es geht uns sehr darum, das Vertrauen, und das ist heute auch zur Sprache gekommen, auch zu Ihnen allen wieder aufzubauen und in diesem Sinne würde ich mich auch freuen, wenn Sie dem Sonderausschuss weiter per Livestream oder auch im Rathaus folgen würden. Und im Namen meiner Fraktion bedanke ich mich sehr herzlich noch einmal für Ihr Kommen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Gladiator, bitte.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, vielen Dank, Herr Pein. In der Tat, im G20-Sonderausschuss befassen wir uns seit einigen Wochen oder Monaten mit zwei Aufgaben, einmal schauen wir uns den Polizeieinsatz an, zum anderen, aber da liegt auch ein Fokus drauf, mit den Gewalttätern, die nach Hamburg gekommen sind oder sich hier schon aufhalten und Hamburg zu ihrem Schlachtfeld gemacht haben, und damit ja auch einen solchen Polizeieinsatz erforderlich gemacht haben. Wir haben heute auch viele Fragen gehört, die wir in die parlamentarische Arbeit mit übernehmen werden, denen wir dort auch nachgehen werden. Am Ende gibt es hoffentlich auf vieles von dem, was Sie und uns umtreibt, Antworten. Heute hat man sehr deutlich gemerkt, auch unterschiedliche Auffassungen hier vor Ort, die einen haben kritisiert, dass die Polizei nicht schnell genug vor Ort war, und für andere ist in ihrer Welt die Polizei eine Besatzungsmacht. Insofern gibt es da ja auch sehr unterschiedliche Sichtweisen, was wir heute hier gehört haben. Und wir werden diesen Eindruck und auch die Fragen, die Sie gestellt haben, in die weitere Arbeit mit aufnehmen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Möller, bitte.

Abg. Antje Möller: Ja gern. Vielen Dank, dass Sie sozusagen den Mut gefunden haben, hierherzukommen und uns zu berichten, was Sie erlebt haben, die Fragen, die Sie gestellt haben. Und genauso danke ich aber auch dafür, dass Sie auch Ihren Unmut, den es sicherlich in großen Teilen gab, überwunden haben und hierhergekommen sind und mit uns gesprochen haben, wenn wir auch nicht viel geantwortet haben bisher. Ich würde Ihnen gern zusichern, dass wir den größten Teil der Fragen, selbst wenn teilweise das schon in unseren Sitzungen Thema war, nicht alle mitgeschrieben haben, aber durch das Lesens des Wortprotokolls natürlich selbst überprüfen werden, daraufhin noch einmal überprüfen werden, haben wir die relevanten Fragen schon gestellt, oder ist es notwendig, auch vielleicht nicht erneut an einem Punkt anzusetzen, den wir eigentlich schon fast als beendet angesehen haben.

Ich habe ein paar Punkte auf jeden Fall mitgenommen, das sind Fragen, die Sie hier sehr deutlich gemacht haben oder Anmerkungen, die sehr deutlich von Ihnen gekommen sind, die aber, das kann ich jedenfalls für uns sagen, auch uns beschäftigt haben. Das ist vor allem die Frage nach der Situation im nördlichen Bereich Schanze, ich sage das nur als Stichwort, die Frage zum Beispiel, warum in dem Moment gerade keine Hubschrauber dann da waren, hängt damit zusammen, auch die ganze Frage nach den rechtlichen Grenzen von Polizeieinsätzen, genau, ist Teil dessen, was wir an Aufklärung uns vorgenommen haben, das Thema des Sonderkommandos, was eingesetzt worden ist und damit verbunden genau diese Frage der Gesamtsituation, der Bedrohung, die es für die Polizei zu diesem Zeitpunkt und in den nächsten Stunden tatsächlich gegeben hat. Das ist zeitaufwendig, das ist höchst schwierig nachzuvollziehen. Wir brauchen ja einerseits die Polizei zur Sachaufklärung, das muss man einmal ganz deutlich sagen, wir haben die Akten, aber wir brauchen auch einen Part, dem wir Fragen stellen können, der uns Auskunft geben kann, und gleichzeitig muss man den Spagat schaffen, auch die Kritik, die sich ergibt aus den Antworten, die wir von der Polizei oder auch von anderen Behörden bekommen oder eben nicht bekommen, so miteinander ins Verhältnis zu setzen, dass wir wirklich im Nachhinein sagen können, und nur dann hat der Ausschuss hier auch wirklich seine Aufgabe ernsthaft wahrgenommen und auch umsetzen können, nämlich, wir haben Dinge aufklären können und wir kommen dazu, uns politisch

damit zu befassen, was muss man zum Beispiel strukturell verändern. Und das muss natürlich hinausgehen darüber, dass man sagt, das tut uns leid, dass das passiert ist, dass Sie diese Zumutungen ertragen müssen, sondern es muss konkret zu etwas kommen, zu Veränderungen, die auch sicherstellen, dass derartige Situationen in dieser Stadt nicht mehr vorkommen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider, bitte.

Abg. Christiane Schneider: Ich möchte mich ganz herzlich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des heutigen Abends bedanken, bei allen die gekommen sind und bei allen, insbesondere, die gesprochen haben. Und man hat ja bei manchen Leuten wirklich gemerkt, bei manchen Menschen gemerkt, wie schmerzlich es immer noch ist, über die Erfahrungen zu sprechen. Es ist deutlich geworden, was ich immer auch wieder noch erfahre, zum Beispiel wenn Dokumentarfilme gezeigt werden, wie präsent die Erfahrung des G20 bis heute ist und wie schmerzhaft diese Erfahrungen für viele Menschen des G20-Gipfels sind. Es ist deutlich geworden, wie tief die Gräben in dieser Stadtgesellschaft sind, wie tief die Gräben zwischen den Menschen, die als Demonstrierende oder als Anwohner mit dem G20 zu tun hatten, und denen, die diesen G20-Gipfel veranstaltet haben. Diese Gräben sind wirklich sehr, sehr tief.

Es ist ja wahr, dass über viele Fragen in dem Sonderausschuss bisher gesprochen worden ist, aber ich sage einmal ganz ehrlich meine Meinung dazu, es hat auf fast alle Fragen glatte Antworten gegeben, aber keine überzeugenden, keine, die mit den Erfahrungen ..., keine die mit den Erfahrungen übereinstimmen, die ihr gemacht habt, die wir gemacht haben, die mit diesen Erfahrungen überhaupt nicht zusammenzubringen sind. Ich möchte das jetzt an einem Beispiel sagen, wie schnell die Antworten glatt sind. Es ist eben gesagt worden, D.I.E. klärt auf. Ja, es sind bisher 52 Verfahren eingestellt worden und es ist noch kein einziges Verfahren zu einer Anklage gekommen. Und das trifft auch mit den Erfahrungen nicht zusammen, die viele Menschen gemacht haben, und das trifft auch nicht mit den Bildern zusammen, das hat nichts mit den Bildern zu tun, die man gesehen hat, die man auf Videos sieht. Klar, manchmal weiß man nicht, was vorher war, und manchmal weiß man nicht, was hinterher war, aber man sieht Bilder, wo man sagen kann, das kann nicht rechtens sein. Und da ist es sehr verwunderlich, dass es bis heute, fast ein Jahr nach G20, noch nicht eine einzige Anklage gibt. Ich hoffe, dass die Verantwortlichen ... Ich hoffe, dass die Verantwortlichen gut zugehört haben und dass die Antworten, die gegeben werden, andere sind als die, die Sie, Herr Grote, dann eben wieder angebracht haben.

Das war es von mir für heute. Die in 14 Tagen, die Sitzung, glaube ich, wird spannend. Ich möchte nur noch zu Protokoll geben, dass ich es bedauerlich finde, dass um 17.15 Uhr mehrere Menschen nicht reingelassen worden sind. Die sind zwar später reingelassen worden, da waren dann aber etliche auch schon gegangen. Und vor allem hat es sich herumgesprochen und Leute sind nicht gekommen und das finde ich wirklich schade. Es sind oben noch Plätze frei, die hätten reingelassen werden können. Aber das nur fürs Protokoll.

Vorsitzender: Frau Schneider, das werden wir prüfen, wie das nun gewesen ist. Die Plätze oben sind mir empfohlen worden von der Polizei, nicht mit Zuschauern zu besetzen. Und daran halte ich mich, an solche Empfehlungen. Herr Jarchow, bitte.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ja, vielen Dank. Vieles Richtige ist schon gesagt worden, lassen Sie mich aus meiner Sicht bemerken, dass für mich das Entscheidende heute Abend war die Schilderung der Anwohner in der Schanze für den Abend am Freitag, denn der wird uns ja demnächst im Ausschuss beschäftigen. Und vieles wussten wir natürlich schon, aber das noch einmal so direkt von den Betroffenen zu hören, hat mich beeindruckt. Es gab viel Kritik an der Polizei, wir setzen uns ja auch sehr kritisch mit der Polizei auseinander und ich möch-

te nur sagen, hier wird sehr viel darüber geredet, dass Straftäter in den Reihen der Polizei verfolgt werden müssen, das ist richtig, wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass die Straftäter auf der anderen Seite genauso verfolgt werden, und das ist genauso legitim, damit das einmal ganz deutlich wird. Denn die Einschnitte in die Stadtgesellschaft, die eben hier geschildert worden sind von meinen Vorrednerinnen, die gibt es sicherlich, die liegen aber auch zum Teil darin, zwischen Tätern und Opfern. Und wir haben auch heute noch einige hier gesprochen und es gibt auch noch andere Betroffene, die heute noch unter dem leiden, was ihnen damals durch die Demonstranten angetan worden ist. Und auch das wird uns weiter beschäftigen, auch im Sonderausschuss. – Herzlichen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Nockemann, bitte.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, die Emotionen sind heute ziemlich hochgekocht. Ich habe großes Verständnis dafür. Wenn ich mir vorstelle, ich würde in so einer Situation sein, bürgerkriegsähnlich, ich wähle die 110, die 112 und nichts passiert. Das waren sicherlich traumatische Erlebnisse. Ich habe das heute genauso gefühlsmäßig zur Kenntnis genommen wie viele meiner Vorredner. Ich habe auch jedes Verständnis für eine sachliche Kritik an diesen Vorgängen. Sie hatten heute hier einen Untersuchungsausschuss gefordert, Sie haben darauf hingewiesen, dass sich das Parlament keinen Gefallen damit tut, wenn es keinen Untersuchungsausschuss einrichtet. Ich habe das vor ungefähr sechs, sieben Monaten so gesagt, Frau Schneider hat auch darauf hingewiesen, und ich halte es auch für einen großen Fehler, dass kein Untersuchungsausschuss in dieser Angelegenheit eingesetzt worden ist.

Hinsichtlich der politischen Verantwortung ist es für mich völlig klar, dass politische Verantwortung kein persönliches Verschulden voraussetzt. Ich werfe auch niemandem ein persönliches Verschulden vor, kann aber nachvollziehen, und unterstreiche das auch, wenn gefordert wird, dass politische Verantwortung übernommen wird. Und ich vermisse das sehr schmerzhaft in dieser Stadt, dass das nicht der Fall ist.

Zu den Gewaltvorwürfen gegen Polizei muss ich sagen, dass ich aus meiner Perspektive, aus all dem, was ich über die Hamburger Polizei weiß und was ich auch im Ausschuss erfahren habe, diese Vorwürfe als wirklich überzogen zurückweisen muss. Senator ...

(Zurufe)

– Na, lassen Sie mich doch bitte einmal ..., lassen Sie mich ... Ja, lassen Sie mich bitte einmal ausreden. Senator Grote hat vor einiger Zeit im Ausschuss einmal ein schönes Bild gebracht, er hat gesagt, die Eskalation, Eskalation, das sei nichts, was sich wie ein Schalter umlegen lässt, sondern polizeiliche Maßnahmen müssen immer angemessen sein. Und da gibt es sicherlich unterschiedliche Perspektiven. Ich darf Ihnen sagen, ich teile da uneingeschränkt die Bewertung und Beurteilung der Polizeiführung und von Senator Grote. – Vielen Dank fürs Zuhören.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wir sind damit am Ende der Sitzung angekommen.

Zu TOP 2

Unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes fassen wir jetzt noch den Beschluss, weitere Auskunftspersonen für die folgende Sitzung einzuladen. Wer das so machen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das so beschlossen.

Bei Ihnen bedanke ich mich für Ihr Erscheinen und vor allen Dingen bei allen denjenigen von Ihnen, die bis zuletzt hiergeblieben sind und sich auch die Meinung des Ausschusses angehört haben, auch wenn wir das nur kurz darstellen konnten. Ich sage Ihnen eins, wir sind sicherlich nicht mit allem einverstanden und stimmen nicht mit allem überein, was heute gesagt worden ist, es wird auch nach dem Ende dieses Ausschusses sicherlich noch unterschiedliche Bewertungen geben, aber es ist immer gut, wenn man miteinander redet und sich zuhört. Und wenn das heute ein Auftrag war, ist das auch nicht schlecht. – Vielen Dank.

gez.
Milan Pein (SPD)
(Vorsitz)

gez.
Dennis Gladiator (CDU)
(Schriftführung)

gez.
Frauke Bai
(Sachbearbeitung)